

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 12. Oktober 1932
14. Jahrgang Nr. 240

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wochenl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gebührende Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 49002. Postkontonr.: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 49002. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 49002.

Der Triumph des Sozialismus

Der Klassenfeind gibt den Sieg des sozialistischen Systems zu

Sozialdemokratische Arbeiter, auch eure Antwort: Am 6. November für die Liste der KPD. als Kampfbefehl gegen das Hindenburg-Papen-Hitler-Deutschland, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Die Inbetriebnahme des Riesenkraftwerkes Dnjeprostroj in der Sowjetunion ist ein so gewaltiger Triumph des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, daß selbst die bürgerliche Presse nicht daran vorbeigehen kann.

Die „Wirtschaftliche Zeitung“, die einen eigenen Berichterstatter zur Eröffnung von Dnjeprostroj entsandt hat, schreibt:

„Was in Dnjeprostroj in fünf Jahren von russischen Ingenieuren unter Anleitung amerikanischer Fachleute und unter Mitarbeit einiger weniger Deutschen geschaffen ist, bedeutet tatsächlich einen Sieg des Willens und konzentrierter Kraftanstrengung über ein Uebermaß von Schwierigkeiten...“

Der Eindruck, den Dnjeprostroj dem Beschauer vermittelt, ist ganz außergewöhnlich spannend...“

Der stärkste Eindruck aber liegt darin, daß diese amerikanische Welt riesiger Industrialisierung in die russische Steppe verpflanzt ist, wo vor wenigen Jahren noch ein paar Bauernhöfe, darunter auch deutsche Kolonisten, ein stilles, vergessenes Dasein führten.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ muß, wenn auch widerwillig, gestehen:

„Die Größe der technischen Leistung ist unbestreitbar: 70 Kilometer der Stromschnellen des Dnjepros sind überwunden, und diese wichtige Verkehrsader ist nun für Schiffe jeder Größe zugänglich geworden; der größte Staudamm Europas ist errichtet; ungeheure Massen elektrischer Kraft werden gewonnen...“

Unter der Überschrift „Rußlands größte Stromquelle arbeitet“ bringt der „Berliner Börsen-Courier“ eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung und den gewaltigen Aufbau von Dnjeprostroj.

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

„Das riesige Wasserkraftwerk Dnjeprostroj, dessen Bau vor fünf Jahren begonnen wurde, ist heute feierlich eröffnet worden. An den Eröffnungsgerehmungen, die sehr eindrucksvoll verliefen, nahmen der Präsident der Sowjetunion, Stalin, zahlreiche andere Regierungsvertreter, Journalisten und unzählige Arbeiterdelegationen aus dem ganzen Sowjetreich teil. Das Gebiet, in dem sich das größte Elektro-Kraftwerk der Welt befindet, war mit Flaggen und Transparenten ausgeschmückt worden. Den ganzen gewaltigen Staudamm entlang war ein Transparent gespannt, auf dem in meterhohen Buchstaben zu lesen war: „Die Sowjetmacht und Elektrizität bedeuten Kommunismus.“...“

Das Kraftwerk von Dnjeprostroj, das neun Turbinen besitzt, wird ein riesiges Gebiet um das Dorf Kischas, in dessen Nähe sich der Staudamm befindet, mit Licht und Strom versorgen.“

Dnjeprostroj ist ein gewaltiger Erfolg des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion und zeigt, welche gigantischen Möglichkeiten

dort bestehen, wo die arbeitende Klasse das Joch des Kapitalismus abgeschüttelt hat und ihre schöpferischen Kräfte vereint für den Sieg des Sozialismus. Die Inbetriebnahme von Dnjeprostroj ist deshalb ein Meilenstein in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der nicht nur für die russische, sondern für die Arbeiterklasse aller Länder die größte Bedeutung hat.

Am 6. November ist in Deutschland Reichstagswahl! Am 7. November feiert das 160-Millionen-Volk der befreiten Arbeiter- und Bauernmassen der Sowjetunion den 15. Jahrestag der siegreichen russischen Revolution!

Dort, wo die Kommunisten regieren, gibt es keinen Faschismus, keinen Lohn- und Unterdrückungsabbau, kein Steuer- und Mietswucher, keine Sondergerichte, keine Arbeitslosigkeit, keine Kulturreaktion, sondern da ist ein stürmischer Aufstieg zum Sozialismus! Und heute, wo die kapitalistische Ordnung am Verfaulen ist, wo Millionen Männer, Frauen und Kinder vom Hungertode bedroht sind, kommen die sozialdemokratischen Führer mit ihrem alten Sozialisierungs-Schwanz. Vierzehn Jahre haben Sozialdemokraten als Reichsminister, Minister usw. leitende Stellen im bürgerlichen Staatsapparat innegehabt. Nicht ein einziger von ihnen hat je auch nur einen Bruchteil von Sozialisierungsmaßnahmen gefordert, geschweige denn durchgeführt, die heute von derselben Führerclique zum neuen Massenbetrug aus der Verfertigung herausgeholt werden. Der Masseneinfluß der Sozialdemokratie ist im Schwinden. Die Arbeiter schließen sich immer mehr der roten Einheitsfront an, und deshalb versuchen die Weis und Co., mit demagogischen Mitteln, mit Scheinradikalen Phrasen den Übergang der Arbeiter ins Lager des Kommunismus zu verhindern. Deshalb hat auch Paul Löbe in der am Montagabend abgehaltenen Mitgliederversammlung der Dresdener Sozialdemokratie in seiner Wahlrede erklärt, daß der Sozialismus zur Gegenwartsaufgabe geworden sei, daß es gilt, mit dem sozialdemokratischen Programm vorzugehen. Hier sei den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt, daß Paul Löbe den Kampf um den Sozialismus wie bisher in den Parlamenten geführt wissen wolle.

Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, mit uns den Kampf um den Sieg des Sozialismus zu führen. Am 6. November müssen auch die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Klassengenossen ihre Stimme der Liste der KPD., der Liste 3, geben, weil nur die kommunistische Partei den Befreiungskampf des deutschen Proletariats führt.

Papen auf den Schultern Hermann Müllers

Ohne SPD. kein Kabinett Papen-Schleicher!

Die SPD-Führer sind in größter Verlegenheit. Was sollen sie diesmal den arbeitenden Massen sagen, um sie zur Wahl zu bringen? Welches Ziel sollen sie ihnen weisen?

Die SPD-Führer haben zwar gemeinsam mit der ADGB-Bürokratie ein Verjauchungsprogramm ausgebrütet, das sie den Massen als „Gegenwartssozialismus“ hinstellen möchten; aber sie sind selber überzeugt, daß sie damit kaum einen denkenden Arbeiter an die Wahlurne locken werden. Denn die eigenen Mitglieder der SPD sagen ja mit vollem Recht: „18 Jahre lang haben diese Führer in der Regierung geessen und die beste Gelegenheit gehabt zu zeigen, wie sie unsere sozialistischen Forderungen verwirklichen; 13 Jahre lang haben sie nichts getan für den Sozialismus, aber alles getan für den Kapitalismus; jetzt aber, wo sie aus der Regierung herausgeflogen sind, verlangen sie von den Herren Papen, Schleicher, Gahl und Braun, daß sie solche Forderungen durchführen, wie die SPD-Minister selbst einmal versucht haben durchzuführen. Was ist das für ein elender Schwanz!“

In ihrer Verlegenheit, welches Ziel sie den Massen weisen sollen, haben sie nichts Besseres gefunden als die schöne Parole: „Zurück zu den guten alten Zeiten Hermann Müllers!“ Unter der Müller-Regierung, so erzählen sie, hatten die Arbeiter die höchsten Löhne und die höchsten Sozialunterstützungen, unter der Hermann-Müller-Regierung ging es den Massen noch gut. Die SPD-Führer verlassen sich dabei auf das schlechte Gedächtnis unserer schnelllebenden Zeit und glauben, daß sie ungestraft die wirklichen Tatsachen auf den Kopf stellen können. Wir wollen ihnen dieses neue Betrugsmanöver durchkreuzen, indem wir die wahren Tatsachen den Massen in Erinnerung bringen.

Als die Regierung Hermann Müller im Juli 1928 die Geschäfte übernahm, befand sich die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands auf dem höchsten Höhepunkt, den sie je in der Nachkriegszeit erreicht hat. Die Industrie hatte Hochkonjunktur, und die Arbeitermassen hatten in einer Reihe von Lohnbewegungen Lohnerhöhungen durchgesetzt. Der Höhepunkt der Arbeiterlöhne in der Nachkriegszeit lag tatsächlich im Jahre 1928, aber er lag vor dem Regierungsantritt des Kabinetts Müller. Gerade dies war ja der Grund, daß das deutsche Finanzkapital die Herren Müller, Hilferding, Severing und Wiffel in die Regierung berief. Sie sollten die aufsteigende Entwicklung der Löhne zum Stillstand bringen! Und sie haben diesen Auftrag getreulich erfüllt.

Der erste Angriff auf die Arbeiterlöhne erfolgte im Dezember/Januar 1928, als die Ruhrkönige die 213 000 Metallarbeiter ausgesperrt hatten und die Reichsregierung den „Metallarbeiter“ Severing entsandte, damit er durch seinen Spruch die Löhne abbaute! Damit begann eine große Welle von Abbaumassnahmen des Unternehmertums gegen die Arbeiterlöhne.

Der erste Angriff auf die sozialen Unterstützungen erfolgte gleichfalls bereits im Jahre 1928 durch die Regierung Müller. Im Herbst 1928 war Wiffels Gesetz 60 000 Saisonarbeiter aus der Unterstützung heraus. Der zweite Angriff erfolgte bereits im Frühjahr 1929, der dritte und schwerste Angriff erfolgte im Herbst 1929; damals wurden alle Jugendlichen aus der Krisenunterstützung hinausgeworfen und die Unterstützungsdauer der „Krisen“ von 52 auf 39 Wochen gekürzt. Im März 1930 plante die Müller-Regierung einen neuen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung. Ehe es dazu kam, war sie gestürzt. Man sieht also, was es mit dem SPD-Schwanz auf sich hat.

Aber zugleich mit der Einstellung der Lohnabbauoffensive und den wiederholten Angriffen auf die Arbeitslosenunterstützung hat die Müller-Regierung die steuerliche Belastung der Massen ungeheuer gesteigert. Unter der Herrschaft Hilferding wurden die Steuern der Arbeiterklasse um mehr als 2 Milliarden Mark erhöht, während gleichzeitig die Steuern der Befehlshaber um Milliarden gesenkt wurden. Diese Steuerpolitik begründete die SPD. mit der „Notwendigkeit der Kapitalbildung“!

Heute treibt die SPD. eine verlogene Demagogie gegen die Zoll- und Kontingenterungspolitik Papens. So ungeheuerlich die Belastung des Arbeiterhaushalts durch diese Wirtschaftspolitik des Kapitalismus ist, so muß doch um der Wahrheit willen festgestellt werden, daß es gerade die Regierung Müller-Hilferding war, welche die neue Ära der Hochkonjunkturpolitik eingeleitet hat, welche die Roggenkühlungsaktion für die Großagrarien geschaffen und mit dem Gedanken des „Getreidemonopols“ zu allererst die heutige „Autarkie“-politik zur Debatte gestellt hat.

Severing hat Staatskommissar in Preußen gefordert

Leipzig, 12. Oktober. (Eig. Drahtber.) Auch der zweite Verhandlungstag in der Klage der abgeleiteten preußischen Minister gegen die Reichsregierung brachte den Beweis der völligen Kapitulation der SPD-Minister vor der Papen-Schleicher-Regierung. In einer Erklärung hielt der Reichsinnenminister von Gahl die Behauptung aufrecht, daß Severing von ihm mit den Worten: „Warten Sie nicht mehr lange ab!“ die Einsetzung eines Staatskommissars in Preußen gefordert habe.

Auch Severing wartete gestern mit einer neuen Erklärung auf, die nochmals die grundsätzliche Zustimmung zu den Verfassungspunkten der Papen-Schleicher-Regierung unterstrichen. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ erklärte Severing, er habe zu Gahl gesagt: „Es sei nach der Reichstagswahl eine Situation denkbar, in der sowohl der Reichstag als auch der Preußenlandtag völlig verjagt. Wenn in solcher Situation eine starke Zusammenlegung der Mittel von Reich und Preußen erfolge, würde die Reichsregierung

eine bessere Plattform haben, als wenn sie ohne gesetzlichen Grund die Sondermaßnahmen der Einsetzung eines Reichskommissars gegen Preußen ergreifen würde. Die beste Lösung sei dann in der Zusammenfassung der korrespondierenden Ministerien im Reich und in Preußen zu finden.“

Diese Erklärung Severings bestätigt voll und ganz die Behauptungen des Freiherrn von Gahl. Severing hat sich für die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen ausgesprochen, aber das sollte erst nach den Reichstagswahlen geschehen. Mit dieser Erklärung Severings wird die Kapitulation der SPD. vom 20. Juli vollendet.

Im übrigen wurden am gestrigen Verhandlungstage lange und gelehrte Referate vor dem Staatsgerichtshof gehalten, ob die Papen-Schleicher-Regierung die Verfassung verletzt habe oder nicht. An den tatsächlichen Machtverhältnissen ändern solche Professorenreden natürlich nicht das Geringste.

Stärkt den Kampf Fonds der KPD

Kauf die Sammelmarken der Bilder-Serien

- Serie I Russ. revoli Führer
- Serie II Historische Skizzen
- Serie III Werke d. 5 Jahr-Plans
- Serie IV Rote Armee

Einheitsfront SPD. bis Nazis zum Schutze Papens

Durchsichtige Betrugsmanöver im Auswärtigen Ausschuss

Am Dienstagvormittag trat der Auswärtige Ausschuss des Reichstages auf Antrag der Kommunisten zusammen, damit zu den überaus wichtigen Fragen der Außenpolitik, insbesondere zu den Rüstungsfragen und der Tribunalkritik von Lausanne, Stellung genommen werde. Die Reichsregierung war nicht erschienen und hatte mitteilen lassen, daß sie nicht erscheinen werde.

Darauf gab zuerst der Sozialdemokrat Breitscheid eine Erklärung für die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder ab, in der nach einem leeren Protest gegen diese neue Verfassungsverletzung durch die Regierung gesagt wurde, daß die SPD. eine sachliche Beratung nicht für zweckmäßig hält, solange die Regierung nicht anwesend sei. Der Zentrumsabgeordnete Beck schloß sich Breitscheid an und brachte eine Entschließung ein, die einen hohlen Protest gegen die Regierung formuliert. Natürlich schlossen sich auch die Nazis dieser Front Breitscheid-Beck an; die Sprecher Rosenberga erklärte, daß sie kein Interesse an Verhandlungen in Abwesenheit der Regierung hätten.

Genosse Neubauer geistete im Namen der kommunistischen Abgeordneten dieses feige Zurückweichen vor Papen. Diese ganze Komödie der Protestiererei soll ja nur verdecken, daß diese Parteien von SPD. bis Nazis in Wirklichkeit der Papen-Regierung ihr Spiel erleichtern wollen. Mit einem solchen Protest wollen die Parteien nur die Wählermassen darüber hinwegtäuschen, daß sie die verwerfliche Außenpolitik des Papen-Kabinetts stützen. Deshalb wird die kommunistische Partei eine solche Komödie nicht mitmachen, sondern sie verlangt, daß der Ausschuss in voller Öffentlichkeit in die Beratungen eintritt, damit dem deutschen Volke gesagt wird, welches verhängnisvolle Spiel die Reichsregierung mit seinen Lebensinteressen treibt. Der Ausschuss soll sich als Untersuchungsausschuss konstituieren und die Zeugenladung der Minister vornehmen. Diese beiden Anträge der Kommunisten wurden von Nazis und Zentrum abgelehnt, während sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Zur Annahme gelangte dann die neue papierenen Protestentscheidung, auf die sich während einer halbstündigen Pause Zentrum und Nazis geeinigt hatten.

Neue Kampfziele gegen Lohnraub

Im Kampf gegen Lohnabbau hat die Belegschaft der Großdruckerei Brandt & Ketterer in Leipzig durch entschlossene Kampfbereitschaft einen vollen Erfolg erzielt. Als die Firma den Versuch unternahm, die überhöhten Löhne zu kürzen, antworteten die Sezer, Maschinenseher, Stereotypere und Korrektoren mit der Kündigung und dem Beschluß, nach Ablauf der Kündigungsfrist gegen den Lohnabbau in den Streik zu treten. Unter dem Druck dieses Kampfwillens erklärte sich die Firma bereit, den alten Lohn wiederzugeben.

Die Belegschaft der Glashütte „Hermes“ in Regio-Breitungen (Sachsen) hat den vom Unternehmer geplanten Lohnabbau abgewehrt. Die Firma wollte außer dem fließprozentigen Lohnabbau, wie ihn der Schiedspruch für die Glasindustrie vorsieht, noch einen weiteren Lohnabbau von etwa 17 Prozent auf Grund der Notverordnung durchführen. Einmütig beschloß die Belegschaft, diese Maßnahme durch Kampf abzuwehren. Auch die neuesten 70 Kollegen lehnten jeden Lohnabbau ab, trotzdem ihnen der Unternehmer mit Wiederentlassung drohte.

Der Streik der Bauarbeiter der Firma Roswan und Knauer auf der Baustelle Elbingstraße 5. ist mit Erfolg beendet worden. Angesichts der entschlossenen Kampffront wagte der Schlichter nicht, einen Lohnabbauentscheidungspruch zu fällen. Der alte Lohn wird weitergezahlt.

In Kassel führten Bauarbeiter eine vorbildliche, erfolgreiche Solidaritätsaktion durch. Als die Bauarbeiter der Baustelle in der Leipziger Straße erfuhr, daß die Tochter eines Kollegen als Streikbrecherin im Karstadt-Betrieb arbeitet, legten sie die Arbeit nieder und verlangten, daß der Kollege sofort seine Tochter aus dem bestrittenen Betrieb holt. Erst als die Streikbrecherin aus dem Betrieb heraus war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik der Notstandsarbeiter in Mühlhausen, Thüringen, wegen Lohndifferenzen ist erfolgreich beendet worden. Der Magistrat hat den geplanten Lohnabbau zurückgenommen und die sozialen Lagen auf die Stadt übernommen.

Auf dem Gute Lupken, Kreis Johannisburg (Ostpreußen), verlangten die Kartoffelbuddler eine Zulage von 5 Pf. Als die Gutverwaltung diese Forderung ablehnte, trat die Belegschaft in den Streik. Schon nach zwei Stunden Streik sah sich die Gutverwaltung gezwungen, den Lohn um 5 Pf. zu erhöhen. Auch die Kartoffelbuddler auf dem Gut Wd. Borke erreichten durch einstündigen Streik eine Lohnerhöhung.

Der Streik der Tischler in den Haag-Works in Braunschweig ist mit Erfolg beendet worden. Die Direktion hat sich bereit erklärt, den alten Lohn weiterzugeben und keine Abregelungen vorzunehmen. Zu diesem Erfolg hat die Solidarität der Gesamtbelegschaft entscheidend beigetragen. Die Belegschaft erkannte, daß der Angriff auf die Löhne der Tischler der erste Lohnabbauversuch gegen die gesamte Belegschaft ist. In einer Betriebsversammlung beschloß die gesamte Belegschaft, ab 10. Oktober in den Streik zu treten, falls die Direktion die Forderungen der streikenden Tischler nicht erfüllt. Unter diesem Druck wich die Direktion zurück, was um so bedeutungsvoller ist, als es sich um die Direktion eines Großbetriebes handelt.

Im Kabelwerk Oberspreewald in Niederbarnow wollte die Direktion in einer Reihe von Abteilungen einen Lohnabbau durchführen. In Abteilungsversammlungen nahm die Belegschaft zu diesem Unternehmungsangriff Stellung und gab eindeutig zu erkennen, daß sie die Durchführung des Lohnabbaus mit Streik beantworten würde. Unter dem Druck dieser Kampfschlossenheit hat die Direktion nach Verhandlung mit dem roten Betriebsrat auf die Durchführung des Lohnabbaus zunächst verzichtet.

Die Lederfabrik Braunwart in Wehingen (Württemberg) kürzte am letzten Lohntag ohne jede Ankündigung die Löhne der Arbeiter. Gegen diese Maßnahme trat die Belegschaft am 8. Oktober in passive Resistenz. Schon nach 50 Minuten erklärte sich die Firma zur Nachzahlung des abgezogenen Lohnes bereit.

In den Betrieben Rienzle AG. und Th. E. Haller in Schweiningen wurde den Belegschaften durch Anschlag ein Lohnabbau auf Grund der Notverordnung angekündigt. Die Arbeiter beschloßen daraufhin in einer gemeinsamen Betriebsversammlung, die Arbeit niederzulegen, wenn die Lohnabbauansätze nicht zurückgenommen werden. Durch diese Kampfbereitschaft erreichten die Arbeiter die Zurücknahme des angeordneten Lohnabbaus.

Der auf den Dresdener Baustellen Lüttichanstraße und Nagelstraße durchgeführte Bauarbeiterstreik ist mit vollem Erfolg beendet worden. Die Bauunternehmer haben den angekündigten Lohnabbau von 50 Prozent von der 31. bis 40. Stunde zurückgenommen.

Unsere Antwort an Paul Löbe!

Breslau, den 12. Oktober.

Am Montagabend hat Paul Löbe in einer Mitgliederversammlung der Breslauer Sozialdemokratie eine Wahnrede gehalten. Die alten Lohndrücker mußten herhalten, um die sozialdemokratischen Arbeiter weiter vor den Narren der Hindenburg-SPD. zu fesseln. Paul Löbe stellte die lägerische Behauptung auf, daß nach der Revolution das Großkapital und der Feudalismus ihre Macht mit der Arbeiterklasse geteilt haben, und heute erheben sie den alleinigen Anspruch auf die Macht im Staate. Wir Kommunisten behaupten, daß auch die ganzen Jahre nach der Revolution im Ober-Schlesien-Deutschland die Kapitalistenklasse die Macht in den Händen hatte. Die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten und Bürgermeister waren und sind nur die Vollstrecker der Befehle der Feudal- und Feudalmonarchie. Wir haben in der „Arbeiter-Zeitung“ am Sonnabend aus einer Geheimforschungsverhandlung der Zeitschriften, und zwar aus den „Deutschen Führerbriefen“, vom 10. bzw. 20. September 1932 einige sensationelle Enthüllungen über Sozialdemokratie und Nationalsozialismus und ihre Rolle für die Rettung des deutschen Kapitalismus gebracht. Wir bringen nachfolgend nochmals einen Auszug aus diesen Führerbriefen, um den sozialdemokratischen Arbeitern zu beweisen, daß sie durch die Politik ihrer Führerschaft unheimlich zur Lüge der verfaulten, konträren kapitalistischen Ordnung geworden sind.

„Das Problem der Konsolidierung (Befestigung) des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewalt anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volke zu verankern, und dadurch deren eigentlicher oder letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder „Grenzträger“ der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie.“

Und auch heute noch ist die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie.

Paul Löbe stellte weiter in seiner Rede die verblödeteste Behauptung auf, daß es ohne Thälmann keinen Hitler geben würde und führte hierzu folgendes aus:

„Die Kommunisten haben uns immer vorgeworfen, wir seien für das „kleinere Uebel“. Jetzt haben sie das größere Uebel und nun wollen sie für das kleinere freitun. Doch so wahr es ohne Hitler keinen Papen gäbe, so wahr gäbe es ohne Thälmann keinen Hitler.“

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf unsere Artikel: „Papen auf den Schultern Hermann Müllers“ und „Ohne Papen und Seegering kein Barm und Schleicher“ in der heutigen Nummer hin. Auf diese beiden verblödeten Behauptungen von Paul Löbe geben wir in den oben genannten Artikeln eine ausführliche Antwort.

Den neuen Sozialierungsschwindel hat Paul Löbe ebenfalls als „Schleicher“ bezeichnet. Er meint, daß der Sozialismus zur Gegenwartsaufgabe geworden ist und jetzt gilt es mit dem sozialistischen Programm vorzugehen. Die Gründe, warum die sozialdemokratischen Führer diese neuen sozialistischen Parolen fabrizieren, sind klar. In den verblödeten Massen wächst die Kapitalisierung und auch die sozialdemokratischen und freigeistlichen Kollegen rebellieren gegen die Hindenburg-Politik der SPD. und des NSDAP., und deshalb will man die Arbeiterklasse mit diesem Schwindel vom außerparlamentarischen Kampfbereitschaft gegen die schändliche Hungerdiktatur, für die Bekämpfung der kapitalistischen Ordnung, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sieg des Sozialismus ablenken. Der Kampf um den Sozialismus ist eine Gegenwartsaufgabe der deutschen Arbeiterklasse, aber nicht mit dem Mittel des parlamentarischen Schwindels, sondern mit der Waffe des Streiks. Die russischen Arbeiter und Bauern, die in den nächsten Tagen den 15. Jahrestag der siegreichen proletarischen Revolution feiern, haben der deutschen Arbeiterklasse den revolutionären Ausweg aus Not und Elend, aus den Knebeln der Kapitaldiktatur gewiesen. Und deshalb müssen alle Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, am 6. November ihre Stimme für die Liste 3 geben, weil sie damit zum Ausdruck bringen sollen, daß sie bereit sind, außerparlamentarisch für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für die Sieg des Sozialismus zu kämpfen.

Am Schluß seiner Rede hat Löbe den Hindenburg, Papen und Schleicher die Koalitionsbereitschaft der Sozialdemokratie angeboten. Wir werden auf diese Frage morgen in einem Artikel darauf eingehen.

In Stadt und Land
wählt KOMMUNISTEN
Liste 3

Telegramme von der Streiffont

Berlin, 12. Oktober. (Fig. Drahtbericht.) Die Belegschaft der Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG. nahm gestern zu der von der Direktion geforderten Verschlechterung des Manteltarifs Stellung. In der Urabstimmung stimmten 80 Prozent der Hafenarbeiter für Streik. Ab heute früh liegt der Berliner Hafenbetrieb still.

In der Schuhmacherabteilung der Berliner Lehr- und Beschäftigten-Vereine in Treptow wollte die Geschäftsleitung die Löhne um die Hälfte herabsetzen. Der Vertreter des Schuhmacherverbandes erklärte sich mit diesem ungeheuren Lohnraub einverstanden. Die Belegschaft beschloß einstimmig, in den Streik zu treten. Um die Arbeiter vom Streik abzuhalten, versuchte die Geschäftsleitung die Fabrikstore. Unter dem Druck der kämpfenden Arbeiter mußten die Tore sofort wieder geöffnet werden.

Die Belegschaft der Glaswerke Gieseler, Weißwasser O., ist gegen einen von der Direktion verordneten Lohnraub von 10 Prozent in den Streik getreten.

Die Belegschaft des Textilbetriebes Wilhelm Kasper & Co. in Bielefeld, zirka 210 Mann stark, ist gegen den Lohnabbau in den Streik getreten.

Am 8. Oktober ist die 110 Mann starke Belegschaft der städtischen Lehr- und Beschäftigungswerkstätte Berlin-Treptow in passive Resistenz getreten, um die Einführung der Akkordarbeit, durch die die Löhne gekürzt werden sollen, abzuwehren. Der Geschäftsführer der Werkstätten, der Sozialdemokrat Bader, hat daraufhin die gesamte Belegschaft am 10. Oktober ausgesperrt. Gegen diese Maßnahme haben die Arbeiter den Streik proklamiert und beschloßen, so lange im Streik zu verharrten, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Streikenden sind hauptsächlich Kriegsbeschädigte, Taubstumme und Erwerbsbeschränkte.

Gegen ein Lohnabbau diktat ist die Belegschaft der Karosseriefabrik Luise in Berlin am 10. Oktober in den Streik getreten.

Die Belegschaft der Fabrik Diener & Roth in Stuttgart legte am 8. Oktober gegen einen angekündigten Lohnabbau die

Arbeit nieder. Infolge Fehls einer festen Kampfleitung hat die Belegschaft einer Lohnabbaueinbarung von 6 Prozent zugestimmt und den Streik abgebrochen. In diesem Betrieb hatte die NSD. bisher keinen Einfluß. Dieses Beispiel zeigt, wie dringend notwendig es ist, daß sich die Belegschaften eigene Kampfleitungen wählen.

In Mache sind 500 im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigte Jungarbeiter auf allen Baustellen des Dienstlagers in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die schlechte Behandlung und gegen die Anrechnung des ungenügenden Essens auf den Hungerlohn. Die Lagerverwaltung hat den Streik mit der Entlassung aller Jungarbeiter beantwortet, was der Auflösung des gesamten Lagers gleichkommt. Der Streik der Jungarbeiter zeigt den wachsenden Widerstand gegen die Durchführung der Zwangsarbeit.

„Sie haben meinen Sohn erschlagen...!“

... meine beiden Jungen haben ja nur mich, und warum sollten sie denn schlecht gewesen sein? Habe ich nicht mit meinen paar Pfennigen Unterstützung meine Jungen ernähren müssen, weil ihnen der Staat nichts gab?

Aus dem Bericht der Genossin Frieda Franz, der in der letzten nach zweimonatigem Verbot erschienenen

„Kämpferin“

veröffentlicht wurde. Sofort bestellen, ehe sie vergriffen ist. Zu haben bei allen Mitgliedern der Partei.

Pulver für den Klassenkampf

ist alles Geld für verkaufte Literatur. Die Magazine der Partei sind leer.

Sadet frei!

Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit im DMV.

Nach dem Streik der 2600 schlesischen Metallarbeiter — Generalversammlung des DMV. Waldenburg — Die Erbitterung der Kollegen über den Streikverrat der Bürokratie — Anhänger der RGD., erober das Vertrauen der Metallarbeiter für den Organisator der Streikkämpfe gegen den Lohnraub und die Notverordnungen, für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

„In den Betrieben vordringen und dort eine feste Basis schaffen, ist keine technische und keine organisatorische Frage, sondern eine wichtige politische Frage für die gesamte revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Die Betriebe erobern heißt, — — — die Massen zum Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten.“

(VIII. Tagung des Zentralkomitees der RGD.)

12000 schlesische Metallarbeiter standen über fünf Wochen im Streik. 1400 streikenden Metallarbeitern war es nach drei Wochen gelungen, die Unternehmer auf die Knie zu zwingen. Das war der Erfolg ihres gemeinsamen Auftretens. Die übrigen 1200 gingen erst nach fünf Wochen, aber mit einem Lohnabbau von 2 Prozent, in die Betriebe. Sie wurden von der Gewerkschaftsbürokratie verraten! Warum war dieser Verrat, trotz der ursprünglich geschlossenen Streikfront, möglich? Ueber diese Frage verlangen alle Metallarbeiter Auskunft. Diese Frage wurde auch in der Generalversammlung des DMV., Zahlstelle Waldenburg-Altwasser, von den dortigen oppositionellen Kollegen ausgerufen.

Wir lassen hier den Bericht unseres Gewerkschaftskorrespondenten von dieser Generalversammlung des DMV. folgen.

Generalversammlung der Metallarbeiter in Waldenburg

Waldenburg. Am 7. Oktober fand die fällige Generalversammlung des DMV., Zahlstelle Waldenburg-Altwasser, statt. Geschäftsführer Menzel gab Bericht über die geleistete Arbeit der Ortsverwaltung im letzten Vierteljahr. Er vermißte dabei ängstlich, auf den fünfwöchigen Streik in der niederschlesischen Metallindustrie ausführlich einzugehen. Bekanntlich fand am Vormittag desselben Tages die letzte Streikversammlung der streikenden Metallarbeiter statt, in der Geschäftsführer Menzel, ohne eine Abstimmung zuzulassen, den Streik als abgebrochen erklärte. Darüber in der Generalversammlung zur Rede gestellt, sah sich Menzel genötigt, zuzugeben, daß er im Einverständnis mit der Streikleitung

am Donnerstag mit der Direktion der Karlsütte eine Einigung über Abbruch des Streiks

getroffen habe. Er gab an, daß eine Abstimmung über Weiterstreiken nicht die erforderliche Mehrheit gebracht hätte, trotzdem am Dienstag, also drei Tage zuvor, die streikenden Kollegen denselben Vorschlag des Schlichters hundertprozentig abgelehnt hatten. Die Vergewaltigung der Streikenden ist um so verwerflicher, da feststand, daß durch einige Tage weiteres Aushalten im Kampfe die Direktion der Karlsütte vollständig kapituliert hätte.

Kollege Zieselnik von der Opposition zeigte in der Ansprache den Kollegen die Rolle der Gewerkschaftsführer im Kampfe klar auf. Mit Recht sagte er: „Wollten die Gewerkschaftsführer wirklich die Beendigung der kapitalistischen Hungerpolitik, dann müßten sie alle Kräfte einsetzen, um für den Kampf gegen Lohnabbau die ganze deutsche Arbeiterklasse mobil zu machen. Das ist aber nichts geschah.“

Hier in Waldenburg verbot man den organisierten erwerbslosen Kollegen die Teilnahme an den Streikversammlungen.

Streiknachrichten in der sozialdemokratischen „Wergaucht“ waren eine Seltenheit.“ Weiter geistelte Kollege Zieselnik die erbärmliche Debe des Geschäftsführers Menzel gegen die Unterstützungsaktion der „Internationalen Arbeiterhilfe“. Zwei unorganisierten Kollegen, die sich im Metallarbeiterbüro um Unterstützung befragten, verweigerte Menzel dieselbe. Ein Kollege gab zum Ausdruck, daß, wenn er von keiner Seite im Kampf unterstützt werde, er dann gezwungen wäre, wieder arbeiten zu gehen. Darauf sagte ihm Menzel vörrlich:

„Dann mußt du eben arbeiten gehen!“

So jagte Menzel also schon während des Streiks Arbeiter in die Betriebe. Diese Aufforderung einschließlich eines Drohbriefes der Firma an elf Mann hatte mit dazu beigetragen, daß der betreffende Kollege und mit ihm weitere zehn Mann am nächsten Tage bei der Firma Wambt wieder arbeiteten. Im übrigen brandmarkte Kollege Zieselnik die Verbandsleitung in folgender eingereicherter Resolution und Begründete diese, eingehend.

Protestresolution gegen den Streikverrat

Die heutige Generalversammlung des DMV. nimmt Stellung zu der Lohnbewegung und stellt fest, daß der Ausgang derselben ein Skandal ist. Nachdem am Dienstag, dem 4. Oktober, fast hundertprozentig ein Abbau der Löhne um 1,5 Pfennig von den Streikenden abgelehnt wurde, hat die Verbandsleitung drei Tage später ohne Abstimmung den Streik abgebrochen.

Es wird den Kollegen zugemutet, einen Lohnabbau von 1,5 Prozent pro Stunde zu schluden und außerdem noch mit den Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Die Verbandsleitung mußte sehen, daß den Unternehmern das Wasser an der Gurgel stand und es ein Leichtes gewesen wäre, durch einige Tage weiteres Aushalten im Kampf die Unternehmer vollständig auf die Knie zu zwingen. Die Mitgliedschaft verlangt, daß nur solche Kollegen zur Bezirkskonferenz erwählt werden, welche die Handlungsweise der Verbandsleitung im Streik auf das schärfste kritisieren und nur die Interessen der Mitglieder vertreten.

Ein anderer oppositioneller Kollege sprach im Sinne dieser Resolution und stellte fest, daß, wenn wirklich die Verbandsleitung nichts mehr mit dem Streik zu tun haben wollte, sie wenigstens den streikenden Handlungsfreiheit hätte gewähren müssen. Leider waren von etwa 150 im DMV. organisierten Streikenden nur etwa 20 in der Versammlung anwesend. Der übrige Teil war aus Verärgerung über die verräterische Taktik Menzels nicht erschienen. Aus diesem Grunde verfiel auch die Resolution der Ablehnung. Die Wahl der voranschlagenden Kollegen der Opposition zur Bezirkskonferenz verfiel ebenfalls der Ablehnung.

In Waldenburg waren also von den über 200 streikenden Metallarbeitern etwa 150 im DMV. organisiert. Und von diesen waren ganze 20 Kollegen in der Generalversammlung, die nach Abschluß des Streiks stattgefunden hat. In dem Fernbleiben dieser Kollegen kommt ohne Zweifel die große Erbitterung gegenüber dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck. Sie sind um manche Erklärung reicher. Ueber alle politischen und weltanschaulichen Gegensätze hinweg hatten sich die Metallarbeiter zur Einheitsaktion gegen

den Lohnraub zusammengeschlossen. Durch den Kampfwillen der Metallarbeiter gezwungen, hatte sich die Gewerkschaftsbürokratie bemüht, zu diesem Streik aufzurufen. 1200 Kollegen wurden von derselben Bürokratie nach fünfwöchigem Kampf verraten, wurden überrumpelt, so daß sie bei 2 Prozent Lohnraub wieder in die Betriebe gingen. Bei vielen DMV.-Kollegen ist etwas gebrochen. Es ist das Vertrauen zum DMV.

Um das Vertrauen der Metallarbeiter

An diese Stelle muß etwas anderes treten. Das Vertrauen der kämpfenden Arbeiter wird sich immer der erringen, der die Kämpfenden ehrlich unterstützt und sich bei Führung der Kämpfe besonders hervor tut.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition versteht in den jetzigen Streiks, durch ihr Handeln, das nur von den

Metallarbeiter! Jetzt heißt es nachstoßen!

Die ganze Kraft aller Kommunisten und RGD.-Anhänger, die in den Metallbetrieben beschäftigt oder im DMV. organisiert sind, muß jetzt eingesetzt werden, um bei den Metallarbeitern das Vertrauen zu dem Organisator und Führer des Kampfes gegen Lohnraub und Notverordnungen, zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu gewinnen. Die besten Voraussetzungen dazu hat der Streit geschaffen. Jetzt heißt es nachstoßen.

Im Betrieb

Jeder Kommunist und Anhänger der RGD. muß in seinem Betrieb, an seinem Arbeitsplatz verpflichtet werden, jene oppositionell eingestellten, über die Gewerkschaftsbürokratie erbitterten Kollegen, um sich zu sammeln, sie durch größte Initiative und kameradschaftliche Diskussionen für die Betriebsgruppe der RGD. zu gewinnen.

Innerhalb der Gewerkschaft

müssen die oppositionellen Kollegen die größte Initiative entfalten, um alle Kollegen, die an der Generalversammlung des DMV. nicht teil-

Aus dem Gemeindeparlament Sophienau

Nur ein SPD.-Vertreter für die Negersteuer

Negersteuer abgelehnt — Erwerbslosenforderungen: Erhöhung der Unterstützung und Winterhilfe
Gemeinsamer Kampf außerhalb dem Parlament notwendig

Sophienau. Die Einigkeit der SPD. in der Kommunalpolitik! Nach acht Wochen fand wieder einmal eine Gemeindevertretersitzung statt, zu der zehn Vertreter erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Stellungnahme zu der Verfügung des Kreisaußschusses betr. Gemeinde-Haushaltsplan 1932, worüber eine heftige Debatte entstand, da vom Kreisaußschuß große Kürzungen verlangt wurden. Schon bei der ersten Festsetzung des Etats machte der SPD.-Gemeindevorsteher große Kürzungen. Er ließ bei seinem Genossen Nachtwächter an, dann folgte der Gemeindevorsteher und die Frau, welche die Vereinigung der Schulzimmer hat. Der Genosse Paul forderte zweimal, daß die eben angeführten drei Positionen, da sie nicht unter die Notverordnung fallen, rückgängig gemacht werden. Dieser Herr aber mitlamm seiner Fraktion kümmerte sich nicht darum. Trotz der ungeheuren Kürzungen blieb immer noch ein Fehlbetrag von 2000 M. Nach längerer Aussprache wurde der Etat abgelehnt. Unter Punkt 5 wurde die Bürgersteuer für 1933 beraten. Hier brach der Sturm von neuem los. Als erster nahm Genosse Paul das Wort. Er forderte die Massen zum außerparlamentarischen Kampfe auf, da diese Steuerlast nur auf diesem Weg beseitigt werden kann. Als zweiter sprach der SPD.-Vertreter Pohl, der im Betriebe immer für das „kleinere Übel“ eintritt und jedem Pfennig Lohnabbau zustimmt, aber hier vor der Öffentlichkeit spielt er sich als Revolutionär auf, indem er die Bürgersteuer in die Höhe wünschete. Es sollte wahr-jcheinlich Wahlmache sein. Dagegen spielte sein Genosse, Schölze A u f, den lustigen Floß auf der Karadinenjunge, indem er sich für die Bürgersteuer aussprach und somit die Wahlmache seines Genossen Pohl mit einem Schlage zunichte machte. Den Clowm dazu gab der Auch-Arbeitervertreter Scholz ab. Er wandte sich gegen die Ablehnung der Bürgersteuer, worauf die Zuhörer mit Gelächter antworteten. Die Bürgersteuer wurde gegen eine Stimme, und zwar gegen die des SPD.-Schiffen Just, abgelehnt.

Der Antrag eines kleinen Hausbesizers auf Steuerbindung wurde gegen die Stimmen unserer beiden Genossen abgelehnt. Ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen forderte:

1. Den Erwerbslosen und Krisenunterstützungsempfängern wird die Differenz zwischen der Alt- und Neu von Seiten der Gemeinde gezahlt.
2. Den Alt- und Neu-Empfängern werden die Kurzscheingebühren und Arzneikosten von Seiten der Gemeinde gewährt.

Interessen der Arbeiterklasse diktiert wird, in steigendem Maße das Vertrauen der Kollegen zu erobern.

Ist das auch im Streik der Waldenburger, der niederschlesischen Metallarbeiter der Fall? Sicher haben alle jene Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die während des Streiks unermüdet tätig waren und immer als Erste, Konsequente und Zuverlässige an der Spitze standen, an Vertrauen gewonnen. Doch das waren wenige. In Waldenburg hätte es sonst nicht vorfallen dürfen, daß die Mehrzahl der streikenden Kollegen des DMV. der Generalversammlung erbittert fernblieb.

Auf der Generalversammlung hätte unter Führung der oppositionellen Kollegen eine Sturmflut über die verräterischen Gewerkschaftsführer hinwegbrausen müssen.

Das ist nicht geschehen. Hier zeigt sich erneut die ganze Schwäche unserer Betriebs- und innergewerkschaftlichen Arbeit.

genommen haben, davon zu überzeugen, daß sie gerade nach dem Verrat der Bürokratie die Mitgliederversammlungen besuchen müssen, um mit derselben Abrechnung zu halten. Das Ziel ist, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen. Darüber heißt es in den Beschlüssen der II. Orgberatung des GKRJ., veröffentlicht in dem Sonderheft des „Parteiarbeiter“ vom August 1932:

„Das wird um so eher gelingen, je selbstloser, sachkundiger und energischer sie (die in Fraktionen zusammengefaßten Kommunisten) die Interessen dieser Mitglieder wahrzunehmen wissen, je besser sie verstehen, die proletarischen Klasseninteressen in jeder Weise zu verteidigen und auf allen Gebieten und bei allen Anlässen mit dem Kampf um die Ziele der Arbeiterklasse zu verbinden.“

Metallarbeiter, rüftet erneut zur Einheitsaktion gegen Lohnraub und Notverordnungen!

3. Allen Erwerbslosen werden Kartoffeln, Kohlen und Mittel zur Anschaffung von Schuhen, Wollschuhen und Unterwäsche gewährt. Da der kleinen Gemeinde die Mittel fehlen, wurde eine Kommission von fünf Personen gewählt, die mit dem Landrat verhandeln soll.

Arbeiterinnen und Arbeiter. Diese Sitzung hat euch wieder gezeigt, wie die SPD.- und andere bürgerliche Vertreter gegen eure Interessen handeln. Reicht euch ein in die Antifaschistische Aktion für Freiheit, Arbeit und Brot. Erwerbslose, kämpft mit eurer ganzen Energie für die Verwirklichung eurer Forderungen auf Winterhilfe!

Genosse Richard Bauch, Ober-Salzbrunn, tot

Montag nachmittag verschied nach jahrelangem Leiden unser lieber Genosse Richard.

Trotz seiner schweren Krankheit stellte er immer und zu jeder Zeit seine Kraft in den Dienst des Proletariats. Er war neun Jahre lang ein unermüdeter Funktionär der Partei Lenins und der roten Hilfe. Dem Wirken unseres erst einunddreißigjährigen Genossen für die Sache des Proletariats machte der Tod ein Ende. Als ihn die Krankheit an das Bett fesselte, war seine Unterhaltung bis zum letzten Tage: Parteiangelegenheiten. Wegen seines geraden Charakters war Genosse Richard beliebt bei allen, die ihn kannten.

An der Jahre unseres verstorbenen Genossen geloben wir, wie er tren bis zum letzten Atemzuge der unterdrückten Klasse zu dienen und für deren Befreiung vom Joch des Kapitalismus unermüdet, kein Opfer scheuend, zu kämpfen.

Ein letztes „Rot Front!“

Deine treuen Genossen.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes Weisklein (Friedhof Konradsthal) aus statt.

Unerhörte Antreiberei im Schiffereibetrieb Fürstenberg

(Schiffertorrespondenz)

Neusalz (Ober). Die Dampfer-Genossenschaft Fürstenberg hat sich unter ihrem Direktor, dem Sozialdemokraten Eckert zu einer der ersten Ausbentergesellschaften an der Ober entwickelt. In Neusalz steht Eckert eine tüchtige Kraft in dem Antreiber Sander, selbst von seinen Bürogenossen „der große Mussolini“ genannt, zur Seite. Wo sein Feldwebelton zu hören ist, erzittert alles, von der kleinsten Maus bis zum ältesten Kranführer. Jeder Arbeiter denkt dann nur, die Arbeit möglichst schnell zu machen. Am Dienstag früh lag nun der Dampfer „Marz“ am Bunker. Durch einen schwenkenden Kohlenkessel wurde der auf dem Volkert stehende Schiffsführer vom „Marz“ heruntergestoßen. Er lag mit voller Wucht auf das 4-5 Meter tieferliegende Deck seines Dampfers, und erlitt schwere Verletzungen. Hafenarbeiter, Schiffer, die ihr dort ein- und auslabet, denkt an die zerstückelten Knochen ihrer Kollegen! Euch steht dasselbe bevor, wenn ihr nicht den Kampf aufnehmt gegen dieses Antreiberystem.

Reicht euch ein in die Organisation, die euren Blutjagern und ihren Knechten den schärfsten Kampf ansagt, hinein in den Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnen-schiffer.



Neuer kommunistischer Wahlnieg in Bulgarien

Sofia, 11. Oktober. Im Dorfe Martischewo (Bezirk Kula) fand die Wahl der Dorfschulen statt. Es resultierten: Kommunisten 480 Stimmen, „Volks“-Block (Koalition der vier Regierungsparteien) 90 und Demokratische Sozialisten 10 Stimmen. Der kommunistische Wahlnieg ist kennzeichnend für die Radikalisierung der armen und Mittelbauern.

Demonstrationen und Proteststreiks in Bulgarien

Sofia, 11. Oktober. Der Massenproteststurm gegen die Nichtübergabe der Sofioter Gemeindeverwaltung an die Kommunisten und gegen die Absichten der Regierung, die Arbeiterpartei aufzulösen, nimmt immer noch zu. Nach den großen Proteststreiks in der Vorwoche haben gestern die Schuharbeiter in Sofia einen allgemeinen zweitägigen Proteststreik durchgeführt. Es streikten über 600 Arbeiter. In Warna führten die Schneiderarbeiter einen halbtägigen Proteststreik durch, wobei auf der Straße eine Protestversammlung abgehalten wurde. Die Polizei zerstreute die Demonstranten und nahm über 50 Verhaftungen vor. Ferner führten in Sofia 300 Arbeiter von elf Maschinenbetreibern, 250 Arbeiter von sechs Webstoffabriken und die Arbeiter einer Druckerei einen halbtägigen bzw. halbtägigen Proteststreik durch. In einem Schuhbetrieb wurde eine Protestversammlung abgehalten, wobei es mit der Polizei zu Zusammenstößen kam, als sie die Versammelten auseinandertrieb. Die Arbeiter der Metallfabrik „Metal“ sind in den Streik getreten mit den Forderungen: Übergabe der Gemeindeverwaltung in Sofia an die Kommunisten, gegen die Auflösung der Arbeiterpartei, regelmäßige Lohnauszahlung usw.

Englisch-französische Einheitsfront Neue Niederlage der Papen-Regierung

Paris, den 11. Oktober. Nachdem gestern Herriot eine halbtägige Besprechung mit dem englischen Botschafter Lord Trent hatte, wird nunmehr mitgeteilt, daß der französische Ministerpräsident am Mittwoch sich nach London begibt, um dort eine Vorbesprechung mit Macdonald abzuhalten. Die Hoffnungen des deutschen Imperialismus auf England sind also wieder einmal vollständig zusammengebrochen, vielmehr wird sich Deutschland der geplanten Fünfmächtekonferenz wieder einer französisch-englischen Einheitsfront gegenübersehen, so wie sie seinerzeit bei der Londoner Konferenz über die Donaufrage der Fall war.

Diese Tatsache wird den deutschen Imperialismus zu einer noch weitergehenden Kapitulation vor den verfallenen Mächten und zu noch größeren Zugeständnissen, die auf Kosten der arbeitenden Massen gehen, zwingen, um von Frankreich einige Konzessionen in der Rüstungsfrage zu erhalten. Zweifelloser wird dabei die Frage der Eingliederung des deutschen Imperialismus in den unter Frankreichs Führung stehenden Antisowjetblock eine große Rolle spielen.

Frankreich hat bereits einen von Paul Boncour ausgearbeiteten Rüstungs- und Sicherheitspakt in Vorbereitung, der die französische Vormachtstellung garantieren soll. Bisher sind nur einige Richtlinien über diesen Pakt bekannt geworden, in dem an erster Stelle ein System weitgehendster Rüstungskontrolle mit Sanktionen, die Internationalisierung der Zivilluftfahrt und die Beibehaltung der im Versailles-Friedensvertrag vorgesehenen Rüstungsbeschränkungen für Deutschland mit einigen Abänderungen figurieren.

Massendemonstrationen in Washington

Revisionsverhandlung gegen Scottsboro-Neger eröffnet — Steigert den Proteststurm!

Washington, 11. Oktober. Gestern begannen hier die Revisionsverhandlungen gegen die sieben Negro von Scottsboro vor dem Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten. Das gelamte Gerichtsgebäude ist durch ein riesiges Polizeiaufgebot abgesperrt, da man bereits wußte, daß große Massendemonstrationen der Arbeiter für die Freilassung der Jungnegro stattfinden werden.

Tatsächlich fanden auch in allen Staaten der USA. große Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Klassen- und Klassenjustiz statt. Trotz der Polizeibesetzung demonstrierten Tausende von Arbeitern in Washington, die die Freilassung der Negro und des immer noch eingesperrten Genossen Tom Mooney forderten.

In New York demonstrierten tausende chinesische und weiße Arbeiter, wobei neben der Forderung auf Freilassung der Jungnegro auch beim chinesischen Konsulat eine Protestschlichtung überreicht wurde auf Freilassung der Ruessas.

Die Protestkampagne gegen die amerikanische Klassenjustiz im

Falle der sieben Jungnegro von Scottsboro bedarf noch einer gewaltigen Steigerung, denn davon hängt das Leben dieser unschuldigen jungen Klassengenossen ab.

Auffandsbewegung in Jugoslawien

Belgrad, den 11. Oktober. Trotz schärfster Regierungszensur sind die Nachrichten über eine ernste Auffandsbewegung der werktätigen Bauern in Jugoslawien nicht mehr zu verheimlichen. In allen Teilen des Landes fanden blutige Zusammenstöße zwischen den Bauern und der faschistischen Staatsgewalt statt. Dabei erstreckten sich die Bauernaufstände nicht nur auf das Gebiet von Kroatien, wo neben den wirtschaftlichen Gründen auch die Frage der nationalen Unterdrückung eine gewaltige Rolle spielt, sondern diesmal haben sich die Unruhen auch auf das albanische Gebiet ausgedehnt.

Kommunistischer Wahlerfolg in Belgien

Die belgischen Kommunalwahlen im Zeichen der Radikalisierung der Arbeiterschaft

Brüssel, 11. Oktober. Sonntag fanden in ganz Belgien die Gemeinderatswahlen statt. Aus den bisher vorliegenden Teilergebnissen geht hervor, daß die KP. Belgiens fast überall große Erfolge errungen hat. Im Bezirk von Charleroi wurden in den Gemeinden Chatelet, Jumet, Marchienne, Montignies und Roux insgesamt 9658 kommunistische Stimmen gegenüber 4835 Stimmen im Jahre 1926 abgegeben. Die Partei zählt zehn Gemeinderatsabgeordnete gegenüber zwei im Jahre 1926. In den Gemeinden Courcelles, Conille, Dampremy, Podelinart, Montjur-Marchienne, Jarcennes, Nonceau, wo die kommunistische Partei zum erstenmal an den Gemeinderatswahlen teilnahm, erhielt sie 7138 Stimmen und sechs Abgeordnete.

Im zentralen Industriegebiet konnte sie in Péronnes, Bryn und Anderlues vier Kandidaten erringen. Im Wortnage wurden in den Gemeinden Quaregnon, Rasmes und Mithris drei kommunistische Kandidaten gewählt. Hier, wo die Partei 1926 1100 Stimmen auf ihre Listen sammelte, wählten diesmal in sieben Gemeinden 4841 Wähler für die KP.

In Antwerpen liegt die kommunistische Stimmenzahl um 50 Prozent, in Gent erhielt die Partei 9375 Stimmen und drei Gemeinderatsabgeordnete gegenüber 5147 Stimmen im Jahre 1926. Auch in der flämischen Gegend sind Fortschritte zu verzeichnen. In Seraing liegt die Zahl der kommunistischen Stimmen von

6917 auf 7709 Stimmen gleich sieben Sitze; in Vütlich von 7475 auf 8948 gleich drei Sitze. In Dugree von 1244 Stimmen und einem Sitz auf 1904 Stimmen und zwei Sitze; in Herstal von 596 auf 1508 Stimmen, in Berwiers hat sich die kommunistische Stimmenzahl verdoppelt.

Auch die Sozialdemokraten verzeichneten einen Vormarsch, den sie durch eine verlogene Demagogie gegenüber der Politik der gegenwärtigen Regierung erringen konnten.

Die kommunistische Partei konnte in diesem Jahr in 129 Gemeinden Kandidaten aufstellen, während sie bei der letzten Wahl nur in 63 Gemeinden kandidiert hat. Die Wahlen mußten unter den schwierigsten Umständen geführt werden, da unsere Bruderpartei keine Tageszeitung besitzt, und besonders die Sozialdemokraten ein wahres Ullgenbombardement gegen die Kommunisten eröffnet hatten. In einer ganzen Anzahl von Gemeinden wurden die kommunistischen Kandidatenlisten unter verschiedenen Vorwänden zurückgewiesen. Zur Einreichung ihrer Kandidatenlisten brauchten die Kommunisten allein 8000 Bürgerunterschriften. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Übernahme einer solchen Bürgerschaft bereits den Ausschluß aus den reformistischen Gewerkschaften nach sich zieht. Nach Vorliegen der endgültigen Wahlergebnisse werden wir noch ausführlich zu den belgischen Wahlen Stellung nehmen.

Steigende Weltarbeitslosigkeit

Entgegen allen „Silberstreifen“-Lügen der Kapitalisten zeigen die vom Internationalen Arbeitsamt gesammelten Statistiken über die Weltarbeitslosigkeit eine allgemeine Zunahme der Arbeitslosigkeit. In einigen Ländern, namentlich in Großbritannien und Dänemark, ist die Zahl der Arbeitslosen sogar im Hochsommer gestiegen.

Selbstverständlich sind die Angaben des Internationalen Arbeitsamtes völlig unzulänglich, da in einem großen Teil der erfaschten Länder überhaupt keine Fählung der Arbeitslosen stattfindet, in anderen, wie in Deutschland, nur diejenigen Arbeitslosen gezählt werden, die in irgendeiner der vorhandenen Unterstützungsarten Unterstützung erhalten. Bekanntlich gibt es in Deutschland 3 Millionen Arbeitslose mehr, als durch die amtlichen Zahlen ausgewiesen werden.

Immerhin zeigt die Tatsache, daß selbst nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes die Arbeitslosigkeit in dauernder Steigerung begriffen ist, daß die Weltkrise sich immer mehr verschärft.

Berhörfster sowjetfeindlicher Kurs der rumänischen Regierung

Bukarest, den 11. Oktober. Der König hat den bisherigen Londoner Gesandten Titulescu zum Außenminister ernannt. Diese Ernennung bedeutet eine Berhörfung des sowjetfeindlichen Kurses der rumänischen Regierung.

Titulescu hatte im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der russisch-rumänischen Nichtangriffspaktverhandlungen seine sämtlichen Ämter niedergelegt, er ist der Vertreter jener Richtung der rumänischen Bourgeoisie, die auf einen abenteuerlichen Kriegskurs gegen die Sowjetunion drängt und gegen den Abschluß des Nichtangriffspaktes ist.

Warschau, 11. Oktober. Die politische Polizei Wisubstka drang gestern in eine Arbeiterversammlung in einer Vorstadt Warschaws ein und verhaftete 78 Arbeiter, die der kommunistischen Propaganda angeklagt werden.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mospr-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Halpern.

8. Fortsetzung

Da die Arbeiter bestrebt waren, die Fabrik, die sie aus ganzer Seele liebten und deren sie überdrüssig waren, sofort nach dem Signal zu verlassen, wuschen sie sich verdeckt vor dem Signal die Hände in diesem kleinen Eimer mit schmutzigem Wasser, der vor dem Meister leichter zu verstecken war. Die ständige Notwendigkeit, verdeckt zu rauchen, verdeckt dem Nachbar ein Wort zuzuschicken, verdeckt die Hände zu waschen, immer in Eile zu sein, um morgens nicht zu spät in die Fabrik zu kommen und nach dem Mittagessen wieder rasch zur Drehbank zurückzukehren, zu den Maschinen oder ins Klosett zu laufen, das sich im Fabrikhof befand, — all das und darüber hinaus alle anderen Qualereien und die ewigen Zurechtweisungen, die oft schroff, sogar grob waren, erfüllten mich vom ersten Tag an mit einem heftigen Haß gegen die Fabrik, ihre Ordnung und ihren Meister.

Stubner erkannte in mir sofort — nach meiner Haltung und Sprache — einen Menschen, der sich nicht unterwarf. Ich zog vor ihm nicht die Mühe, ich schmeichelte ihm nicht. Das genügt, um mich für ihn vom ersten Augenblick an verhaßt zu machen. Sich selbst vor dem Direktor erniedrigend, ihn ständig umschmeichelnd, hatte er nur jene Arbeiter gern, die Sklaveneigenschaften besaßen.

Ich trat einen Tag nach meiner Ankunft, d. h. am 13. April 1901 als blühender gesunder Mensch in die Fabrik ein. Als ich wie alle in die Fabrik eintretenden Arbeiter mich entkleidete und vor dem Fabrik-antersatz, der die neuen Arbeiter untersuchte, vollständig nackt dastand, sagte er zu dem Mann, der die Daten

riekt: „Den müssen wir gut nicht untersuchen. So einen gefunden Reil haben wir schon lange nicht in unserer Fabrik gesehen.“

Als ich meine Probearbeit machte, erinnerte ich mich, trotzdem schon dreizehn Jahre vergangen waren, seit ich zuletzt als Metallarbeiter arbeitete, an die Petersburger Arbeiterfitten und fragte einen Schloffer aus Kojlow, der neben mir arbeitete:

„Wann muß ich euch eine Lage bezahlen?“

„Was fällt Ihnen ein?“ antwortete mir der Kojlower, der der beste Schloffer in der Fabrik war. „Was denken Sie denn eigentlich von uns und besonders von mir? Die Zeiten sind schon längst vorbei. Wir müssen Ihnen als Reuling zu Hilfe kommen. Es ist keine Rede von einer Lage.“

Stubner, der mir versprach, 1 Rubel 60 Kopeken zu zahlen, beschwindelte mich um 10 Kopeken und gab mir nur 1 Rubel 50 Kopeken Tagelohn. In der ersten Zeit fiel mir die Arbeit sehr schwer. Die Hände taten weh, auf den Handflächen bildeten sich Wasserblasen, und ich empfund im ganzen Körper eine furchtbare Müdigkeit und Erschlagenheit. Diese Müdigkeit wurde ich auch an den Feiertagen nicht los. Auch die Sonntagsruhe gab mir keine richtige Erholung. Doch endlich gewöhnte ich mich wieder an die Arbeit und arbeitete, wie vor 13 Jahren viel und hartnäckig. Auf Anraten von Tuschlija quartierte ich mich in der Arbeiterfiedlung „Gorodok“ ein. Hier wohnten Arbeiter, zu denen ich mich hingezogen fühlte. Da ich die Absicht hatte, meiner Mutter Geld zu schicken, mietete ich ein Zimmer ohne Bedienung für 4 Rubel. Dieses Zimmer war nur 3 Meter lang und 1,50 Meter breit. Der Fußboden war aus Lehm. Die Wände des Zimmers waren nicht dicker als ein dünnes Brett. In der Nacht wimmelte es von Ratten. Kurz und gut, das Zimmer war ein wirkliches Proletenzimmer.

Der Arbeitstag in der Fabrik begann um 6 Uhr früh. Ich stand um 5 Uhr auf. Im „Kalten Dorf“ grünte und blühte alles. Hinter den niedrigen Zäunen, am Meeresufer und auf den Bergen, an denen ich vorbeiging, waren blühende Rosen, Oleander und knospende Magnolien zu sehen.

Raum betrat ich die Fabrik, als mich sofort das Kreischen und Stampfen der Maschinen betäubte, die walzten, schnitten, den Blechstücken Form gaben und große Gefäße für Petroleum zusammenhämmerten. Grusnische Arbeiter schufteten bei diesen Maschinen, ließen von einer zur anderen. Die flachen Blechstücke, aus England importiert, wurden von den Maschinen in große, vier-eckige, feste Petroleumgefäße verwandelt. Die Maschine (Laufringbandsystem) hob sie und trug sie durch den ganzen breiten Hof

in die zweite Abteilung, wo eine andere Maschine sie automatisch mit Petroleum füllte und eine dritte sie ebenso automatisch mit Blei verschloß.

Auf diese Weise wurden in dieser Fabrik täglich 40 000 solcher Gefäße fertiggestellt und mit Petroleum gefüllt. Jedes dieser Gefäße kostete die Fabrik, Petroleum einbegriffen, 30 Kopeken. Von der Fabrik bis zur Stadt zogen sich lange Reihen riesengroßer, runder Reservoire, die mit Petroleum und Naphtha durchdränkt, stellenweise standen große Naphthapfützen.

Zu Mittag aß ich in einer Schenke. Dort lagen Schläuche aus Ziegenleder, mit Wein gefüllt, auf langen Fächern. Der Schankwirt ließ sich 15 Kopeken für ein Mittagessen zahlen. Doch dieser Preis war für die Mäßigkeit der grusnischen Arbeiter zu hoch. Sie kauften bei den vor der Fabrik stehenden Verkäufern ein Tellerchen mit „Sobio“ (Türkische Bohnen) und ein „Tschurek“ (flaches Brot), aßen es und tranken kaltes Wasser dazu.

In Rothschilbs Fabrik waren fast alle Nationalitäten Rußlands vertreten. Außer Grusinen, Armeniern, kaukasischen Bergbewohnern, Deutschen, Kleinrussen, Polen und Großrussen gab es hier auch Türken vom anatolischen Ufer des Schwarzen Meeres. Die Mehrzahl der Arbeiter der Fabrik waren aber Gruster. Sie wurden in unerhörfester Weise ausgebeutet.

In dieser Fabrik, wie übrigens überall in Rußland, bestand noch die furchtbare und erniedrigende Sitte, die Arbeiter zu durchsuchen. Abends nach dem Fabriksignal saßen wir Tag für Tag auf eine ganze Reihe von türkischen, mit Stöcken bewaffneten Wächtern, die uns den Ausgang absperrten. Jeder Arbeiter wurde, bevor er das Fabriktor passieren durfte, von Kopf bis Fuß von ihnen abgetastet, um ihn als Dieb zu entlarven. Eines Tages, als ich diese, die menschliche Würde tief demütigende Prozedur der Durchsuchung hinter mir hatte, und mich schon dem Ausgang näherte, vor dem ein alter türkischer Wächter stand, der jeden, der das Tor passierte, noch einmal untersuchte, hörte ich plötzlich durchdringende Schreie, die von harten Stockschlägen begleitet waren, hinter mir. Unwillkürlich drehte ich mich um und sah folgendes Bild vor mir: ein hochgewachsener türkischer Wächter schlug mit einem dicken Stock auf den Kopf eines italienischen Arbeiters. Die furchtbaren Schläge klangen auf den Schädel des Unglücklichen hinunter. Sein weißer, grusnischer Hut lag schon längst auf der Erde.

(Fortsetzung folgt)

Ohne Braun und Severing kein Papen und Schleicher!

Pakt Papen-Hitler vor dem Staatsgerichtshof festgestellt — Erneutes Treuebekenntnis der SPD.-Minister für Hindenburg — SPD. organisiert Verfolgungen der SPD.

Die Verhandlungen in der Klage der früheren preußischen Regierung gegen die Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig haben am Montag begonnen. Es ist ziemlich unerheblich, wie das Urteil des Staatsgerichtshofs lautet. Denn das politische Urteil ist bereits am ersten Verhandlungstage gesprochen worden; es lautet: ohne Braun und Severing kein Papen und Schleicher!

Die preußischen SPD.-Minister, die auf Grund eines Erlasses Hindenburgs abgesetzt wurden, gaben ein besonderes Treuebekenntnis für ihren Kandidaten ab. Der Vertreter Preußens, Bracht, erklärte vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen im Auftrag Brauns und Severings:

„Preußen will keinen Angriff gegen die Person des Reichspräsidenten richten. Die preußischen Minister zweifeln nicht an dem grundsätzlichen Willen des Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren... Sie erhalten dem Reichspräsidenten die Verehrung, die ihm als dem deutschen Reichsoberhaupt in besonderem Maße gebührt.“

Das sagen die SPD.-Minister, die auf Grund einer Verordnung Hindenburgs aus dem Amt gesagt wurden. Das sagen SPD.-Minister über Hindenburg, auf Grund von dessen Notverordnung Hunderte von SPD.- und Reichsbannerarbeitern vor die Sondergerichte gebracht und auf lange Jahre in Kerker geworfen wurden. Schamloser hat wohl noch kein Politiker den Stiefel gefüßt, mit dem er soeben noch getreten wurde. Selbst der „Vorwärts“ wagt nicht, diese ungeheuerliche Erklärung für Hindenburg abzurufen. Aber das Reichswegen bestätigt nur, daß die ganze SPD. entschlossen ist, die Hindenburg-Politik fortzusetzen.

Der ganze erste Verhandlungstag unterstrich diese politische Linie der SPD.: Anbiederung an Hindenburg, das bedeutet auch Anbiederung an Papen. Es wirkte darum wie eine Sensation, als der Vertreter der SPD.-Minister indirekt zugeben mußte, daß

Severing sich mit der Einsetzung eines Kommissars in Preußen einverstanden

erklärt hatte. Zuerst versuchte der preußische Vertreter diese Erklärung Severings, die in einer Unterredung mit dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gapsel fiel, abzustreiten. Aber schließlich mußte er zugeben, daß

„der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland einmal erwogen worden sei“.

Ja, Severing ging sogar noch viel weiter. In einer öffentlichen Erklärung zu der Behauptung, er habe sich für einen Staatskommissar ausgesprochen, teilt er mit:

„Ich habe Herrn von Gapsel in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach (?) den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichkanzler Brüning erörtert worden ist: in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen.“

Hört es, SPD.- und Reichsbannerarbeiter! Hört es, Freigewerkschafter und SPD.-Wähler! Was Papen und Schleicher heute durchzuführen, ist ein Plan von SPD.-Braun und Brüning! Die Beseitigung der Preußenregierung lag in der Absicht der SPD.-Minister. Allerdings erst nach der Reichstagswahl vom Juli, um die Massen vorher noch einweisen zu können. Das ungeheuerliche Eingeständnis Severings bestätigt es erneut: ohne SPD. gäbe es keinen Papen und Schleicher! Die SPD. hat der Papen-Schleicher-Regierung das Bett gemacht, in das sich die „seinen Herren“ — um einmal mit Goebbels zu reden — jetzt gelegt haben.

Das wird auch ausdrücklich durch einen Brief des SPD.-Ministerpräsidenten Braun bestätigt, der vor Gericht als Beweis dafür vorgelesen wurde, daß SPD.-Braun niemals etwas gegen die Papen-Schleicher-Regierung zu unternehmen gedachte. In dem Brief heißt es wörtlich:

„Ueber zehn Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammenlegung der Reichsregierung, oft auch unter Schädigung der Werbekraft meiner Partei, unterstützt, die im Reichstag Reichsmaßnahmen bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der gezielten Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte.“

Dieser Brief entlarvt die ganze „soziale“ Demagogie der SPD.! Manchmal stimmte die SPD. im Reichstag irgendwelchen arbeiterfreundlichen Anträgen zu. Sie hatte ja ihren Otto Braun im Hintergrund, der dann schon dafür sorgte, daß diese Anträge nicht durchgeführt wurden! Kann man sich noch einen schmähtlicheren und frecheren Massenbetrug vorstellen, als er in dem Brief Otto Brauns zugegeben wird? Hauptsache ist für die SPD. die Einheitsfront mit den kapitalistischen Reichsregierungen, ob sie Stresemann, Hermann Müller, Brüning oder Papen heißen. Ja, auch mit Hitler als Reichskanzler hätte Otto Braun zusammengearbeitet. Denn der SPD. kommt es ja nicht auf Arbeiterinteressen an, sondern auf die „gezielte Zusammenarbeit“ mit kapitalistischen Ministern!

So hat der erste Verhandlungstag die SPD. als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, als Wegbereiterin Papens und Schleichers entlarvt. Aber auch ohne Hitler gäbe es keinen Papen und Schleicher. Der Vertreter Preußens stellte, ohne daß es widerlegt werden konnte, fest, daß

zwischen Papen und Hitler ein fester Pakt

bestand, der erst am 18. August von Hitler gebrochen wurde. In dem Pakt verpflichtete sich Hitler, die Papen-Regierung und alle ihre Maßnahmen, auch die Notverordnungen, zu unterstützen!

Zu welchem Zweck unterstützen SPD. und Nazis die Papen-Schleicher-Regierung? Zur Organisation des Kampfes gegen die SPD. Der Vertreter der preußischen SPD.-Minister fuhr mit

einem Haufen Material auf als Beweis dafür, daß es gerade die SPD.-Minister waren, die das Material zum Kampf gegen die SPD. den Kapitalisten geliefert haben. Wörtlich führte dieser SPD.-Vertreter aus,

„daß das Material, das die Staatsfeindschaft der Kommunisten darue, im wesentlichen von der preußischen Staatsregierung geliefert sei“.

Jedem ehrlichen SPD.-Arbeiter wird die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er diesen Satz im „Vorwärts“ vom 11. Oktober liest. Die SPD. als Spitzelkabine gegen die revolutionäre Arbeiterklasse, die SPD. als Materiallieferant für die kapitalistischen Regierungen. Die schmutzige Zudastrolche dieser Verräter und Spalter der Arbeiterbewegung wurde noch selten so offen enthüllt wie in diesem Leipziger Prozeß.

So brachte der erste Verhandlungstag über die feige Kapitulation der SPD. am 20. Juli auch gleich die Erklärung für diesen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse. Die SPD. ist auf Gedeih und Verderb mit der Kapitalistenklasse verbunden. Die SPD. organisiert den Kampf gegen die SPD. und liefert das dazu nötige Spitzelmaterial. Die SPD. hat Papen und Schleicher den Weg geebnet. SPD.-Minister haben sich mit den grundsätzlichen Maßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung einverstanden erklärt.

Ohne Braun und Severing, aber auch ohne Hitler kein Papen und Schleicher!

Nur die Kommunisten führen den entschlossenen Kampf gegen die Papen-Schleicher und Notverordnungsdictatur. Sozialdemokraten, Reichsbannerarbeiter, Freigewerkschafter! Zieht die Trennungslinie zwischen euch und der Hindenburg-Papen-SPD.! Her zur roten Einheitsfrontaktion. Kämpft mit uns in dieser roten Klassenfront und zeigt euren Kampfwillen am 6. November durch Stimmabgabe für die SPD., Liste 3!

Hungerrufe der Streitenden im Rathaus

Textilarbeiter im Kampfe um Unterstützung

Rangenberg. Wir berichteten bereits, daß durch den Druck der streikenden Arbeiter die Stadt sich gezwungen sah, an Hilfsbedürftige eine kleine Unterstützung zu geben. Am Montag hatten sich die um ihr Lebensrecht kämpfenden erneut vor dem Rathaus eingefunden und brachten ihre Forderungen vor. Der Bürgermeister erklärte wie üblich, daß er kein Geld habe und die Stadt nicht berechtigt sei, Unterstützung zu zahlen. Es mußte ihm klar gemacht werden, daß die Betroffenen ja bereits auf dem Arbeitsamt gemeldet sind, sich regelmäßig zur Kontrolle einfinden müssen und ihre Karenzzeit abmachen. Auch darauf erklärte der Bürgermeister, daß eine Unterstützung gänzlich in Frage komme. Die Arbeiter sollen eben warten, bis er Bescheid von den zuständigen Stellen hat, und Gelder überweisen bekommt. Die Delegation erklärte darauf, daß sie die Verhandlung abbreche und für das weitere die Stadtverwaltung verantwortlich sei. Das Verhandlungsergebnis löste unter den Arbeitern eine ungeheure Empörung aus. Frauen begaben sich noch einmal zum Bürgermeister. Die Kinder stießen Hungerrufe aus. Schließlich wurden die Streitenden aufgefordert, Anträge auf dem Wohlfahrtsamt um Unterstützung zu stellen. Die Arbeiter werden nicht locker lassen, bis ihnen die Unterstützung bewilligt ist.

Bezeichnend ist das Verhalten des sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten und Gewerkschaftsführer Leuchtenberger, der bewußt den Arbeitern in den Rücken fällt, und alle Mühen springen läßt, damit die Unorganisierten keine Unterstützung erhalten. Es wurde

festgestellt, daß derselbe seinen Anhängern, die Verbandsgelder beziehen, noch Gelder aus der Wohlfahrtskasse bewilligt. Selbst ein Beamter des Wohlfahrtsamtes mußte zugeben, daß bei diesen Unterstützungsfällen ganz einseitig gehandelt wird. Auf diese Art und Weise verliert Leuchtenberger das Vertrauen unter seinen Anhängern wieder zu festigen. Auf der anderen Seite will er den Beweis erbringen, daß die SPD. keine Kämpfe führen kann. Das wird ihm nicht gelingen! Die Arbeiter wissen und kennen die Methoden Leuchtenbergers, sie lassen sich nicht mehr irreführen!

Sie werden mit aller Entschlossenheit für ihre Forderung: „Auszahlung der Unterstützung in der Höhe der Wohlfahrtskassensätze“ zu kämpfen wissen.

An unsere Leser!

Durch ein technisches Versehen ist in unserer Ausgabe am Montag statt der sechsten die vierte Fortsetzung des Romans noch einmal erschienen. Wir bitten die Leser, dies zu entschuldigen. Wir bringen heute außer der laufenden, die sechste Fortsetzung.

Die Redaktion.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Übersetzt von Olga Halpern.

6. Fortsetzung

„Wenn es sein muß, so schießt auch ein Befehl“, dachte ich. — „Vielleicht bewilligt man mir den Besuch. Was riskiere ich denn? Ich werde sagen, daß ich aus Sibirien gekommen bin und meinen alten Bekannten sehen will. Vielleicht kann mir Genosse Kurnatowski während unseres Zusammenseins irgendwelche wichtigen Anweisungen über den Transport der Iskra geben.“

Am Haus, wo sich die Gendarmerte befand, und das ich jetzt betrat, herrschte Totenstille. Die Gendarmen, von der erfolglosen Nachtschicht nach Revolutionären ermüdet, schliefen augenscheinlich noch. Auf dem Hof war kein Mensch zu sehen. Nichts wies darauf hin, daß sich hier eine für die Revolutionäre so fürchterliche Inquisition befand. Ungehört ging ich durch den Hof und dann über die im Kaukasus übliche, außen angebrachte Treppe auf eine Veranda in den ersten Stock. Ich ging durch die Veranda und kaum hatte ich die Türschwelle niedergedrückt, als auf der Schwelle ein Gendarm erschien.

„Was wollen Sie?“ fragte er, mich streng und aufmerksam von Kopf bis Fuß mustend.

„Ich will den Gendarmenchef sprechen“, sagte ich.

„Aus welchem Anlaß?“ fragte er weiter.

„Ich will den gestern verhafteten Viktor Kurnatowski, der ein Bekannter von mir ist, besuchen.“

War es der vom Regenguß noch ganz gerötete und noch nicht trocken gewordene Anzug, der bis zu den Knien mit Schmutz bedeckt war (was ich auf der Straße nicht bemerkt hatte), oder machte ich den Eindruck eines Bekannten, ich weiß es nicht; er rief einen weißen Gendarm und lächelte mich an.

„Nach, daß du fortkommst! Geh, solange du noch heiß bist. Rastolomow“, schrie er einem Gendarm zu, „schmeiß ihn die Treppe hinunter, damit er sich noch lange daran erinnert, daß man nicht so ohne weiteres hierher kommen darf. Gib ihm eins in die Presse, daß ihm die Augen aus den Augenhöhlen quellen!...“

Als ich sah, daß Rastolomow tatsächlich eine Bewegung machte, um mir einen Faustschlag auf den Rücken und einen Fußtritt in den Hintern zu versetzen, rannte ich, so rasch ich nur konnte, davon, stolperte unabsichtlich und rollte die Treppe hinunter.

„Ha-ha-ha!“ hörte ich die beiden Gendarmen laut lachen.

„Kommt so ein besoffener Kerl her! Wieviel jetzt solcher Nichtsnusse hier herumlungern! Gut hast du's ihm gegeben, Rastolomow. Die ganze Treppe ist er hinuntergerollt.“

Ich kam erst richtig zur Besinnung, als ich mich erhob. Ich freute mich außerordentlich, daß ich so billig dazugekommen war, daß ich nicht verhaftet wurde, und ohne gedrochene Rippen und sonstige Verletzungen fortgehen konnte. Ich schimpfte über mich selbst wegen meines sinnlosen Benehmens. Es war mir klar, daß mir nichts anderes übrig blieb, als mit dem ersten Zug nach Batum zu fahren. In meiner Tasche trug ich einen Brief von Kojlatow mit Empfehlungen an Batumer Genossen.

Es war am Morgen des 12. April, es war jenes helle, sonnige Wetter, an dem man die belebende Frühlingsluft mit voller Brust einatmet, an dem der Lebenshunger erwacht, und man den Wunsch in sich fühlt, sich ganz dem Zauber der jungen und wunderschönen Natur hinzugeben. Ich sah, ohne die Augen abwenden zu können, durch das offene Fenster des Waggons und begeisterte mich am blauen Himmel, begeisterte mich am blauen Meer.

Batum

Der Zug fuhr am Ufer des Schwarzen Meeres entlang. Bieleicht erschütterte uns Rufen das Meer so tief, weil wir Bewohner der Ebene sind, die es nie zu sehen bekommen. Wie verzaubert betrachtete ich das sich vor mir auflösende Bild. Das war nicht jenes traurige Nordmeer, das die Ufer der Petersburger Umgebung umspült. Das war das blaue Meer, von dem die russischen Märchen und die alten Nibelungen erzählen. Seine weiten Fernen zogen die Blicke unwiderstehlich an, der Wunsch kam in mir auf, zu lauschen, wie seine Wellen unerträglich wogen, wie sie die Ufer umwühlten. Das Meer ist nun eine tolle grüne See, die die Küste

strebender Berge umringt, die mit Eichen, Kastanien und anderen Bäumen bedeckt sind. Ueber den Bergen und dem Meer spannt sich der blaue Himmel. Wie deutlich hebt sich doch auf dem Grund dieser grollgrünen Berge und dieses bläulich grünen Meeres die Gestalt der Grusier oder der Abchasen mit der grünen Fahne in der Hand und dem orientalischen über den Kopf geschlungenen Walschlyf, die dem vorbeigehenden Zug die Signale gibt!

Endlich hielt der Zug „Batum“ — stand mit großen Lettern auf dem Bahnhof. Ich stieg aus dem Wagen und verließ den Bahnhof. Ich ging an einer Masse von Lastträgern, Armeniern, Türken, Abchasen und Grusiern vorbei. Ich mußte durch die ganze Stadt gehen, an Moscheen, lärmenden Märkten und neuen Gebäuden vorbei, bis ich die Arbeitsfledung erreichte, die sich südwärts von Batum befand. Als ich durch die Stadt ging, besonders durch den lärmenden Markt, wo gewöhnlich die verschiedenartigsten Beeren und Früchte verkauft werden, schien es mir, als sei ich in einen ganz eigentümlichen Winkel des Ostens geraten, mit seinem ganz anderen Leben, mit seinen Sitten und Gewohnheiten, die sich von unseren so kraß unterscheiden. Besonders verblüffte mich, daß die grußlichen Mohammedaner (Abchasen) die grausame fanatische und unhygienische Sitte, die die Frau zwang, ihr Gesicht vor dem Männern zu verdecken, bis zum Übermaß übertrieben. Wenn in Konstantinopel die Sitten der Muselmänner die Frau zwingen, nur ihr Gesicht vor den in den Straßen an ihnen vorbeigehenden Männern zu verdecken, so ist die Frau in Batum gezwungen, auf den Straßen nicht nur ihr Gesicht, sondern auch den Hals, die Schultern, ja den ganzen Körper bis zu den Knöcheln vor den Augen der Männer zu verdecken. Diese grausame Sitte zwingt die abchasische Frau, sich nicht allein mit einem Schleier zu begnügen, sondern einen Saal aus einem dünnen Stoff zu tragen. Es war schrecklich, diese unglücklichen Frauen, besonders bei 50 Grad Sommerhitze zu beobachten, wie sie in diesen Säcken ohne Öffnungen für die Augen und zum Atmen, fast erstarrten und von Schweiß überströmt waren. Diese Säcke sind auch die Quelle verschiedener Erkrankungen, besonders aber der Tuberkulose. Diese Frauen, die wahrscheinlich die Grusierinnen, Armenierinnen und russischen Frauen beneideten, und die unter dem Druck der religiösen Sitte ihre Gefüßter und Körper nicht unbedeckt lassen durften, schlüpfen durch die Straßen der Stadt, sich hilflos in den langen, bis zu den Knöcheln reichenden Säcken verwickelnd und über sie stolpernd.

(Schluß folgt)

RUND UM DEN ERDBALL

Kulturbalschewismus

Neue Eisenbahnlinien — Moderne Wohnbauten

Moskau, 11. Oktober. Mit dem geht in der ganzen Sowjetunion in Gang befindlichen Ausbau der Eisenbahnen, wobei gleichzeitig das vorhandene Eisenbahnnetz wesentlich verbessert wird, wird auch der Bestand an Lokomotiven und Eisenbahnwaggons erheblich vermehrt.

Eine Neuheit für die Sowjetunion ist die jetzt den Kolosmarer Werken in Auftrag gegebene moderne Großlokomotive. Es handelt sich um ein Modell, das bisher in der Sowjetunion nicht benutzt worden ist. Die Lokomotive entwickelt eine Geschwindigkeit von über 100 Stundenkilometern und zieht 18 bis 20 Personenwaggons, während bisher die längsten Züge aus zwölf bis dreizehn Wagen bestanden.

Daneben wird in erhöhtem Maße an dem Ausbau neuer Eisenbahnlinien gearbeitet. Eine der wichtigsten dieser Linien ist die Kohlenmagistrale Moskau—Dongebiet, die die stark in Anspruch genommenen Strecken vom Süden der Sowjetunion nach Moskau von den Kohlenzügen für die Industrie des Moskauer Bezirks befreien soll.

★

Mit dem Anwachsen der sozialistischen Industrie wächst auch die städtische Bevölkerung der Sowjetunion, für die immer neue Wohnhäuser sowie Kanalisationsanlagen, Straßenbahnen, neue Wasserleitungen gebaut werden. Daneben wird an einer Verschönerung der alten Städte gearbeitet, während die neuen Wohngebiete und Städte planmäßig gebaut werden, um den Werktätigen möglichst viel Luft und Licht in ihren Heimen zu geben. So werden in Zwanowo-Wosnessensk zu den Oktoberfeierlichkeiten 40 neue Häuser für etwa 6000 Arbeiterfamilien fertiggestellt, außerdem zwei große Wohnhäuser mit 400 bzw. 150 Wohnungen und eine Arbeiterstadt mit 165 Wohnungen. Zur Oktoberfeier wird ein Tonfilmkino mit zwei Vorführsälen für 2000 Zuschauer eröffnet. — In Moskau ziehen zu den Oktoberfeierlichkeiten 22 000 Arbeiter in neue Wohnungen ein, die in 35 neuen Häusern und aufgestockten Gebäuden errichtet wurden. — In Siewsk bei Gorki wurde eine neue Wasserleitung in Betrieb genommen, die eine der größten der Sowjetunion ist. Ihre Länge beträgt 25 Kilometer und sie versorgt die Stadt und ihre Vororte mit 7 800 Kubikmeter Wasser täglich.



Große Ueberschwemmungsschäden auf Mallorca

Häuser eingestürzt, Viehherden umgekommen

London, 11. Oktober. Wie aus Palma auf Mallorca gemeldet wird, ist die Stadt Manacor von einem schweren Sturmregen heimgesucht worden. Die Hauptstraße der Stadt ist in einen eineinhalb Meter tiefen See von 550 Meter Länge und 20 Meter Breite verwandelt worden. Viele Häuser sind eingestürzt. Mehrere Viehherden sind in den Fluten umgekommen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Opfer der Arbeit

In England, Deutschland und Polen — 21 Tote

London, 11. Oktober. Auf der Blank-Lane-Grube bei Leigh in Lancashire ereignete sich ein folgenschweres Unglück. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe. 19 Bergleute wurden getötet.

Zwickau, 11. Oktober. Auf dem Morgenstern-Schacht III ereignete sich bei Ausbesserungsarbeiten der 46jährige Zimmermann Kurt Fröhlich aus Ortmannsdorf. Mit Keiler, Beden- und Beinbrüchen sowie inneren Verletzungen wurde der Unglückliche, Vater von zwei Kindern, ins Krankenhaus gebracht, wo er verschied.

Kattowitz, 11. Oktober. Auf der 300-Meter-Sohle der Maslowski-Grube ereignete sich am Sonabend ein schweres Unglück. Drei Bergleute wurden durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet. Obwohl die Bergung sehr schnell vor sich ging, konnten

der Bergarbeiter Kioschal nur noch als Leiche geborgen werden. Zwei weitere Bergleute wurden schwer verletzt.

Schwere Unwetter über Mittelitalien

Rom, 11. Oktober. Ueber Mittelitalien sind neuerdings schwere Unwetter niedergegangen. Am stärksten die Schäden in Toscana. In Siena wurden mehrere Häuser schwer beschädigt und durch Erdbeben drei Personen verletzt. Ferner wird aus der Provinz gemeldet, daß der Sturm einen Weintarren umstürzte, der den Führer erschlug. Ein Kind wurde durch herabstürzende Dachziegel schwer verletzt. In Sardinien brachte das Unwetter die ersten schweren Regengüsse dieses Herbstes, die jedoch nicht hinreichend sind, um auf den ausgedörrten Aedern die Herbstbeisteuerung zu ermöglichen.

Amerikanische Kultur

Sträflinge werden zu Tode gefoltert

New York, 10. Oktober. In dem amerikanischen Städtchen Jacksonville begann dieser Tage ein Sensationsprozess gegen den Hauptmann George Courson, den Direktor einer Strafkolonie in Florida, und gegen den Gefangenewarter Salomon Haginbotham, die angeklagt sind, einen Strafgefangenen, den 20jährigen Victor Maillefret, zu Tode gefoltert zu haben.

Die Vernehmung der Zeugen hat furchtbare Einzelheiten über die Mißhandlung der Sträflinge in der Strafanstalt zutage gefördert. Nach den Aussagen von 20 Strafgefangenen wurden die Sträflinge an private Unternehmer verpachtet und wie Sklaven behandelt. Sie wurden mit Peitschen, deren Enden mit Metallstücken versehen waren, zur Arbeit angetrieben. Der später ermordete Maillefret wurde nach einem Fluchtversuch durch Hundehunde aufgespürt und zurückgebracht. Der Wärter steckte ihn zur Strafe in ein Faß, das geschlossen wurde. Hier wurde er mehrere Tage lang gefangen gehalten, bis es ihm endlich gelang, den Deckel des Faßes durchzunagen und seinen Peinigern zu entkommen.

Nach kurzer Zeit wurde aber Maillefret wieder gefaßt und in

den sogenannten „Schwitzkästen“ gesteckt. Der Schwitzkasten ist ein enger Holzkäfig, der nur das Aufrechtstehen, aber sonst keine Bewegungen gestattet. Hände und Füße werden ihm gefesselt und um den Hals legt man ihm eine schwere Kette, um zu verhindern, daß er sich niederkauert und sich wenigstens diese Erleichterung der Tortur verschafft. Sodann wurde der Schwitzkasten im freien Feld der glühenden Tropensonne Floridas ausgelegt.

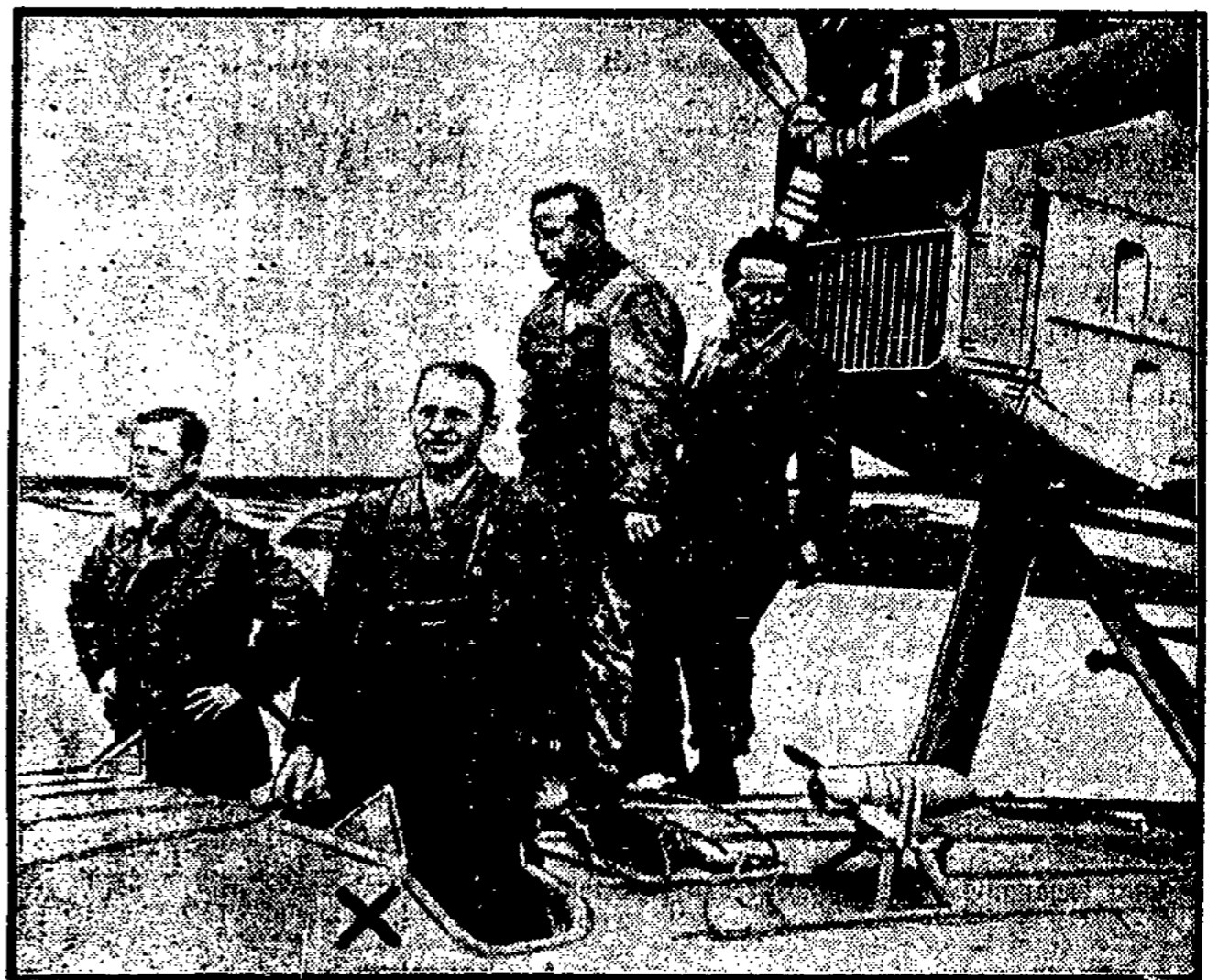
Zehn Stunden nach dem Beginn der Folterung fand man Maillefret in dem umgestürzten Schwitzkasten tot auf. Er war offenbar vor Schwäche zusammengefallen und die schwere Eisenkette am Hals hatte den Unglücklichen zu Tode gewürgt.

Die Zeugen sagen aus, daß Maillefret keineswegs der erste sei, der im Schwitzkasten sein Leben ausgehaucht habe.

Die Angeklagten behaupteten vor Gericht, Maillefret hätte Selbstmord begangen. Auf Grund der Zeugenaussagen beantragte der öffentliche Ankläger gegen die beiden Angeklagten die Todesstrafe. Der Spruch der Geschworenen steht noch aus.

Die Besatzung gerettet

Eine Aufnahme der Besatzung des „Grönland-Wals“, die von einem Dampfer gerettet wurde. Der Führer Wolfgang von Gronau ist durch ein Kreuz besonders gekennzeichnet.



Großes Petroleumlager bei La Rochelle in Brand

Paris, 11. Oktober. In La Pallice nahe bei La Rochelle brach am Sonntag nachmittag in einem großen Petroleumlager der Fedjort-Petroleumgesellschaft Feuer aus, das sich schnell ausdehnte und ein ganzes Fabrikviertel bedrohte. Mehrere große Petroleumbehälter explodierten. Haus hohe Stichtürme stiegen noch immer gen Himmel und beleuchteten die ganze Gegend auf mehrere Kilometer Entfernung. Die Feuerwehr muß sich darauf beschränken, die umliegenden Wohnviertel vor einem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Man hegt größte Befürchtung für zwei riesige Behälter, von denen jeder über 600 000 Liter Petroleum enthält.

Schiffszusammenstoß im Kanal

Ein norwegischer Dampfer gesunken

London, 11. Oktober. Der englische 11 000-Tonnen-Dampfer „Africa Star“ stieß am Sonntag auf der Höhe von Dungeness im Kanal infolge dichten Nebels mit dem norwegischen 1500-Tonnen-Dampfer „Charente“ zusammen. Die „Charente“ wurde so schwer beschädigt, daß sie sofort zu sinken begann. Die Mannschaft wurde vom „Africa Star“ gerettet, der nur leichtere Beschädigungen erlitt. Versuche, die „Charente“ nach Dover abzuschleppen, schlugen fehl, da das Schiff nach kurzer Zeit sank.

2 Todesopfer bei einem Flugzeugabsturz

Bromberg, 11. Oktober. Am Sonnabend ereignete sich in der Nähe von Bromberg ein Flugzeugunglück, dem zwei Personen zum Opfer fielen. Eine Maschine des polnischen Aeroklubs in Danzig mußte bei Bromberg wegen Motorfehlers eine Notlandung vornehmen. Dabei grub sich das Flugzeug derart in den vom Regen aufgeweichten Boden ein, daß es sich überschlug. Der Pilot Prnjias aus Danzig und seine Begleiterin waren sofort tot.

Piccards Welthöhenrekord anerkannt

Basel, 11. Oktober. Die Fédération aéronautique internationale hat nach Einsicht der ihr vom Aeroklub der Schweiz zugestellten Akten den Stratosphärenflug des Professors Piccard vom 18. August folgendermaßen festgelegt: 1. Absoluter Welthöhenrekord, 2. Internationaler Höhenrekord, Klasse A (Ballons), achte Kategorie (Inhalt von mehr als 4000 Kubikmeter mit 16 201 Metern).

Große Unterschlagungen bei der Kämmererkasse Nordhorn

U. Bremen, 11. Oktober. Vor einigen Tagen wurde ein Einbruch in die Kämmererkasse der Stadt Nordhorn (Grafschaft Bentheim) begangen, bei dem dem Täter 2000 Mark in die Hände fielen. Ein Kassensammler konnte der Tat überführt werden und legte ein Geständnis ab. Hierbei kam zutage, daß weiterhin über 40 000 Mark unterschlagen worden sind. Der Stadtkämmerer, der die Unterschlagung zugeben mußte, sowie der Kassensammler wurden in Haft genommen.

Kraftwagen gegen Straßenbahn gerannt

Köln, 11. Oktober. Am Sonntag morgen ereignete sich an der Kreuzung der Flora- und Richlerstraße ein folgenschweres Verkehrsunfall. Ein mit zwei Damen und drei Herren besetzter Kraftwagen aus Köln, der von Düsseldorf kam, fuhr in voller Fahrt gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 14. Der Kraftwagen wurde vollständig zertümmert und die Bahn aus dem Geleise gehoben. Sämtliche Insassen des Kraftwagens trugen zum Teil schwere Verletzungen davon und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Lebensgefahr besteht bei den Verletzten nicht. Der Straßenbahnwagen mußte abgeschleppt werden.

Neues Material aus der französischen Revolution

Moskau, 11. Oktober. In der Leningrader Akademie der Wissenschaft ist wertvolles Material aus der Zeit der französischen Revolution entdeckt worden, darunter 25 Pamphlete von Robespierre. Zur Bearbeitung dieses Materials ist ein besonderer Ausschuss unter Leitung des Historikers Orlov eingesetzt worden.

Frauen, das wollen die Kommunisten!

Millionen Frauen bilden heute nach der Sowjetunion, wo ein 100-Millionenvolk den Sozialismus aufbaut, wo der Kommunismus die Frau befreit und ihr die volle Gleichberechtigung gegeben hat...

In einem freien sozialistischen Deutschland werden die Fabriken nicht stillstehen, da werden die Maschinen hämmern, ein freies sozialistisches Deutschland wird ein Land ohne Arbeitslosigkeit sein.

In einem freien sozialistischen Deutschland werden die werktätigen Frauen die volle politische, wirtschaftliche, kulturelle Gleichberechtigung mit dem Manne haben.

In einem freien sozialistischen Deutschland erhält die Frau gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

In einem freien sozialistischen Deutschland wird der § 218 wegfallen, die „Kinder werden willkommenen Gäste am Tisch des Lebens sein“.

In einem freien sozialistischen Deutschland wird die proletarische Frau mit Freunden Kinder gebären, denn dann werden ihre Kinder nicht als Kanonensfutter großgezogen. Der Sozialismus sichert den Frieden.

Der Schutz für Mutter und Kind wird in weitestgehendem Maße durchgeführt werden. Acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung wird die Frau von der Arbeit befreit und erhält für diese Zeit den vollen Lohn oder Gehalt ausbezahlt.

Die proletarische Frau wird nicht mehr Dienerin und Magd sein, sondern als freier Mensch leben und arbeiten können.

Für dieses Ziel kämpfen heißt:

In den Betrieben zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau rufen, auf den Stempelstellen die erwerbslosen Frauen gegen Unterstufungsabbau mobilisieren, mit den Haus- und Landfrauen zu sprechen. Sie alle werden unterdrückt, leiden Hunger und Not!

Jetzt erst recht: Her zur Kommunistischen Partei! Kämpft mit den Kommunisten! Die Stimmen aller werktätigen Frauen der Erde 3. den Kommunisten!

8 Mark Wohlfahrt wöchentlich — auskömmliches Einkommen

sagt der Herr Staatsanwalt Nagel

Vor dem Erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Winkler hatte sich gestern die 22jährige Arbeiterin Frieda Scholz wegen Tötung ihres acht Wochen alten Kindes vor verantworten. Die Angeklagte lebte mit ihrem Bräutigam sowie dessen Mutter und dem Kind in einer kleinen Straße bei 8 M. Wohlfahrtunterstützung. Da die alte Frau, mit der sie wohnte, bei dem beengten Wohnen nicht das Schreien des Kindes aushalten konnte, erklärte diese, daß sich dieser Zustand ändern müsse. Verzweifelt wandte sich die Angeklagte an ihren Bruder mit der Bitte um Aufnahme, wurde aber abgewiesen. Deshalb beschloß sie, mit dem Kinde zu sterben. Sie tötete das Kind durch Erhängen mit einer Windel, brachte dann aber die Energie zum Selbstmord nicht auf und stellte sich der Polizei. Die Angeklagte ist erheblich belastet. Epileptiker und Trinker in der Familie lassen selbst das Gericht ihr Vergehen nicht so schwer beurteilen. Der Staatsanwalt, dem 8 Mark als auskömmlich zum Leben erscheinen, beantragte für die Angeklagte drei Jahre Gefängnis. Das Gericht jedoch folgte ihm nicht und verurteilte Frieda Scholz unter Berücksichtigung mildernden Umstände zu einem Jahr Gefängnis mit Strafaussetzung und dreijähriger Bewährungsfrist. Weder Frieda Scholz noch ihre Eltern sind die Schuldigen dieses Prozesses, sondern allein das kapitalistische System — allein in ihm sind solche Zustände möglich, wie sie die Angeklagte in ihrer Tat geführt haben. Erst im freien sozialistischen Deutschland werden die Kinder der Proletarier nicht eine Last, sondern willkommenen Gäste und die Freunde ihrer Eltern sein.

Polizei macht wieder Hausdurchsuchung!

Am Montag gegen Mittag unternahm die Polizei in den Büroräumen der roten Hilfe eine Hausdurchsuchung, angeblich suchte man die Broschüre: „Die Ordnung von P o l e m p a“, die im Tribunal-Verlag erschienen ist. Nach ergebnisloser Jagd mußten die Herren wieder abziehen.

Die Devisenschlebung in Breslau

Zm September kam die Zollfahndungsstelle Breslau, umfangreicher Devisenschlebung auf die Spur. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde Direktor Schmidt von der Breslauer Importfirma Eisenhandel AG in Düsseldorf verhaftet und gegen Direktor Rehschickel, der sich zurzeit im Ausland befindet, Steckbrief erlassen. Es handelt sich um Beträge von mehreren 100 000 RM. Jetzt ist Direktor Schmidt, eine Hauptfigur bei den Schiebern, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Voruntersuchung soll sich nun jetzt auf 2 Ausschüßratsmitglieder, die sich in der Tschchoslawakei aufhalten, erstrecken.

Der Briefträgermord in Kobelnick aufgeklärt

Am Sonnabend, dem 1. Oktober wurde der Postschaffner Warm aus Stephansdorf, Kreis Neumarkt, in der Nähe von Kobelnick erschossen aufgefunden. Von den Tätern fehlte zunächst jede Spur. Der Nordkommission ist es jetzt gelungen, die Tat aufzuklären und die beiden Brüder Paul und Heinrich F. aus Schlaube, Kreis Neumarkt, wegen dringenden Tatverdachts festzunehmen. Paul F. soll bereits ein umfassendes Geständnis abgegeben haben. Heinrich F., der Bruder des Täters, ist unter dem Vorbehalt der Begünstigung festgenommen worden. Eine Untersuchung der Bekleidung der Eltern der beiden Brüder, förderte außer einem Militärgehör, mit dem Warm erschossen worden ist, noch eine große Menge von belastendem Material aus verschiedenen anderen Straftaten zutage.

Heraus zur öffentlichen Versammlung

Heute Mittwoch 20 Uhr im Lokal „Oberstrom“, Uferstraße! Zu dem Thema „Warum war Leutnant Scheringer Nationalsozialist und warum wurde er kommunist?“ spricht der ehemalige Mitgefangene Scheringers, Gen. Alfred Thomas. Desgleichen erstattet Gen. Heiden vom ZB. den Bericht über den Antifrischongreß in Amsterdam, an dem er als Delegierter teilgenommen. Eintritt für Erwerbslose 5 Pf., für Vorkarbeiter 10 Pf. Kämpft mit der roten Hilfe gegen Sonder- und Standgerichte, gegen Klassenjustiz, Notverordnung, Lohn- und Unterstufungsabbau, gegen Kulturreaktion und imperialistischen Krieg! Kampfschutz gegen Krieg und Kulturreaktion und NS., Stadtteil Nord-Ost.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau. 4. u. 5. Abteilung: Mittwoch 20 Uhr Materialkontrolle im Abteilungslokal. Mitgliedsbücher und Paß sind mitzubringen. — Jugendabteilung: Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Zwinger-Gymnasium.

Protestiert gegen die Maßregelung des roten Betriebsrates vom BCB.

SPD.-Betriebsratsvorsitzender Bogel, Direktor Jeserich und Arbeitsgericht Arm in Arm gegen Kollegen Hentschel

Breslau. Der rote Betriebsrat des BCB, der Kollege Hentschel, ist durch den Spruch des Breslauer Arbeitsgerichts seiner Funktionen im Betrieb entzogen worden. Als Grund dafür wurde als maßgebend betrachtet, daß der Kollege Hentschel stets die Interessen der Kollegen im Betrieb vertrat und das Betriebsrätegesetz nicht im Interesse des Unternehmers anwendete. Deshalb wirft man ihm vor, einseitig gehandelt zu haben. Selbst der SPD.-Betriebsrat vom BCB mußte unserem Kollegen Hentschel sein richtiges Handeln gegenüber den Kollegen bestätigen, als er vor dem Arbeitsgericht wörtlich sagte:

„Nu ja, der Kollege Hentschel hat einzig und allein nur immer die Interessen der Kollegen im Betrieb vertreten. Wenn die Verwaltung Entlassungen vornehmen wollte, hat Hentschel dagegen gekämpft“ usw.

Hier hat der SPD.-Betriebsrat, obwohl er ein guter Vertreter des Kapitals ist, der mit seinem Ausspruch erneut seine Lakaienrolle bestätigt wollte, was ihm auch sehr gut glückte, dem roten Betriebsrat — dem Kollegen Hentschel — das beste Zeugnis für seine revolutionäre Arbeit ausgestellt.

Der Ausspruch dieses Kapitalistenschweines genügte dem Direktor des BCB vollkommen; deshalb forderte er die sofortige Funktionsentziehung des Kollegen Hentschel. Der Richter des Arbeitsamtes verstand den Wunsch des Direktors und kam ihm nach.

Kollege Hentschel war kaum zu Hause... schon hatte er seine Entlassung. Grund: Arbeitsmangel (!).

Kollege Hentschel konnte nicht entlassen werden, so lange er die Funktion des Betriebsrates inne hatte. Deshalb konzentrierte die Direktion ihren Angriff darauf. Mit Hilfe des Arbeitsgerichts, eines Instrumentes des kapitalistischen Staates, und nicht zuletzt durch die Hilfe des SPD.-Betriebsrates ist ihr das gelungen. Die Arbeiter im Betrieb und außerhalb desselben wissen diese Einheitsfront vom SPD.-Betriebsrat Bogel bis zum Direktor Jeserich richtig einzuschätzen, das haben die Diskussionen an den Stempelstellen der Frauen in den letzten Tagen gezeigt, wo die Arbeiterinnen erklärten, daß sie dies den Konsumverein werden spüren lassen. Mit der Maßregelung des roten Betriebsrates des BCB ist die Angelegenheit für die Arbeiter nicht beendet, sondern beginnt erst.

Einige „Blüten“ aus dem Nazistraub

Die Feme im Braunen Haus Neudorfstraße — Etwas von Schiebern und Wucherern in der SA. Ortsleitung liefert für Pg.s Betriebsstoff in Form von 96prozentigem Spiritus

Breslau. Vor längerer Zeit berichteten wir hier an dieser Stelle von dem Autodiebstahl vor dem Café „Vaterland“. Der Autodieb ist der Scharführer Stein von der Stabswache im braunen Hause auf der Neudorfstraße. Stein ist der Sohn des in Pawelwitz wohnenden Lehrers Stein. Es wurde damals das Gespräch laut, daß im braunen Hause ein Selbstmordversuch begangen wurde, und zwar handelt es sich hier ebenfalls um den Scharführer Stein, der, wie uns nun aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, nicht Selbstmord durch Erschießen begehen wollte, sondern die zwei Lungenstocher, die er erhielt, sind auf ihn von einem anderen abgefeuert worden, worauf er ins Augusta-Hospital gebracht werden mußte. Der vorgeschickte Selbstmordversuch dürfte damit endgültig widerlegt sein. Es handelt sich dabei um einen offensichtlichen Fememordanschlag auf den Scharführer und Autodieb Stein. Stein ist auch der berühmte „Rundfunkredner“, der gelegentlich einer Uebertragung des Abendkonzerts aus dem Café „Vaterland“ in das Mikrophon „Heil Hitler“ geheult hatte. Die Feststellung dieser Tatsachen sollte jedem denkenden SA- und SS-Mann zu Gemüte gehen. Auch wenn er sich noch so sehr im Bluthandwerk übt, in dem Augenblick, wo er wider den Stachel löst, wird er so behandelt werden wie sein Pg. Stein behandelt wurde.

So wird es auch einmal dem Pg. Paul Kaiser aus der Brandenburger Straße 4 ergehen, der als Mitglied beim Motorsturm während seiner beruflichen Tätigkeit im Straßenbahndepot Del, Benzin und Verbundmaterial kante. Letzteres verteilte er kostenlos an die SA-Leute. Das Del verschoberte er im Motorsturm für 40 Pfennige das Liter. Die Frau von K. ließ ihn bei der Firma Barvehn-Del hochgehen, so daß er bei der Straßenbahn, wo er als Chauffeur beschäftigt war, herausflog. Auch zu dieser Tatsache haben wir bereits gelegentlich der Veröffentlichung eines Straßenbahnerartikels Stellung genommen.

Handels- und Schieber-Nazis

So gut wie ein jüdischer Handelsmann versteht der Verwalter des braunen Hauses in der Neudorfstraße sein Geschäft. Da um, so heißt der Mann, bezieht nicht nur sein Stempelgeld, wird nicht nur vom braunen Haus bezahlt, sondern macht nebenbei seine Schieber- und Wucherergeschäfte durch den Einkauf von gesammeltem Korn gegen Mehl in der Mühle in Katern. Gewiß gibt es immer noch einige Bauern und Stellenbesitzer, die an einen vermeintlichen Sieg Hitlers glauben (siehe alle letzten Wahlergebnisse, überall Hitlerpleiten) und deshalb Getreide in die SA-Kaserne liefern. Baum kennt sich damit aus und verdrückt das Getreide, wodurch er sich seine Sondereinnahmen verschafft. Seine großen Geldausgaben für das ständige Hin- und Herpendeln zwischen Fache und Kabus und was dazwischenliegt, sowie seine vielen Autofahrten zu seinem Privatvergnügen befreit er sicherlich nicht aus der angeblichen 100 000-Mark-Erbchaft, von der er jedem erzählt.

Ein Provokateur übelster Sorte ist auch der in der Jobtenstraße 11 wohnende Erich Laake. Mit den unmöglichsten Lügen und Verleumdungen versucht er die dort Wohnenden gegen die Kommunisten aufzukaputten. Es fällt ihm durchaus nicht schwer, allen denen, die seinem Gerede Gehör schenken, zu erzählen, daß die Kommunisten den dort wohnenden Nazis die Fenster scheiben einwerfen und sie aus ihren Wohnungen holen wollen. Die Arbeiter glauben ihm diesen Wusch schon lange nicht mehr, und was da Wahres dran ist, daß er von dem ehemaligen Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes Sporn oftmals durch Geld, Wurst und Bier unterfüttert wurde, können wir zurzeit noch nicht sagen. Zeit steht jedenfalls, daß Laake, der Untermieter im Hause hat, in der gemeinsten Weise gegen dieselben vorgeht.

„Wir schlagen alles kaputt!“

Aus Raummangel können wir leider auch erst verspätet die Mitteilung bringen, daß in den letzten Septembertagen der SA-Mann Kirchner in Stabelwitz in vollkommen besoffenem Zustande in der brutalsten Weise seine 62jährige Mutter mißhandelte und sie blutig schlug. Dann übte er sich in „Aufbau-Arbeit“, indem er die gesamte Wohnungseinrichtung und die Fensterscheiben zerschlug. Auch seinen Bruder, der gerade nach Hause kam, überfiel er und schlug auf ihn ein. Die Polizei mußte einschreiten, und bevor diese Hinfertbestie nicht gefesselt war, war es durchaus nicht in seiner Nähe auszuhalten. Selbst auf die Polizeibeamten drang er ein und schrie: „Das ist das kommende dritte Reich, wir schlagen alles kaputt, was sich uns in den Weg stellt.“ Wenn die Arbeiter auch nichts mehr glauben von den Parolen Hitlers und seiner Getreuen, aber dies werden sie zweifellos glauben, denn die Praxis hat es ja bereits bewiesen. Wie es sich nach dieser Nazi-episode herausstellte, hat die SA-Leitung an die SA-Soldaten, zu denen ja auch Martin Kirchner gehört, den „Betriebsstoff“ in Form von 96prozentigem Spiritus geliefert, um daß sie sich Mut anjaulen sollen zum Niedermeßeln der Arbeitererschaft. Das sind dieselben Me-

thoden, wie man sie in den Jahren 1916 bis 1918 in der Zeit des Völkermordens zur Anwendung brachte, als sich die Soldaten bereits weigerten, in Stellung zu gehen. Jeder christliche Prolet, auch wenn er noch zurzeit in den Reihen der NSDAP. steht, muß es ablehnen, derartig schmutzige Taten auf Geheiß der Fememörder Heimes und Co. auszuführen.

Wir werden uns noch mit einer weiteren Reihe dieser „aufbauenden Kräfte“ in den nächsten Tagen befassen, und zwar mit einer Zustift, die wir aus der Tschchenstraße 19 von dem Heil-Hitler-Mann Joachim Dreuer erhalten haben.

Schnaps und Knochenbrühe — dann Bürgerkriegsübungen

Die Hitlerischen Systemarmisten SA. sowie SS., denen man allerlei Positionen versprochen hatte, müssen sich jetzt schon mit Knochenbrühe abspülen lassen. Am Freitag beobachteten Straßenpassanten, wie ein SS-Mann in voller Kriegsbemalung auf der Tschchenstraße gegenüber der Nazi-Kreis-Kaserne aus dem Beiwagen eines Motorrades Knochen von Kindern und von Ochsen herauslangte und sie in einer Blechwanne verstaute, die dann einer der SA-Kasernen-Hausknechte auf dem Kopfe nach der braunen Nordkaserne trug. Die Lebensmittelzufuhr vom Lande muß wahrscheinlich so wie der Zufluß von genügend Geld aus dem Großindustriellen-Kreisen ins Stoden geraten sein, deshalb sammelt man jetzt schon Knochen und, wie uns berichtet wird, stinkiges Fleisch und Wurst zur Verpflegung der SA-Soldaten.

Aber nicht nur Kinder- und Ochsenknochen und stinkige Fleisch- und Wurstwaren vermag die SA. und SS. zu transportieren. Wie wir bereits vor einigen Tagen berichteten, transportierten dieselben auch Maschinengewehrmodelle und dergleichen. Erst gestern wurde uns wieder berichtet, daß am Montag mittag 1 Uhr Scheinübungen Arbeiter in der Dirschstraße beobachteten, wie uniformierte Nazis eine Anzahl schwere Kisten von einem Auto abladen. Die Arbeiter vermuteten Waffen in diesen Kisten. Inzwischen war auch von anderer Seite die Polizei davon in Kenntnis gesetzt worden, und die IA, welche die Dinge untersuchte, erklärte lakonisch, es handele sich um alte Gewehre, die nur zum Theaterspielen benutzt würden. Als die Arbeiter jedoch forderten, selbst untersuchen zu dürfen, da wurde es ihnen unterzagt. Diese letzte Meldung muß, wie alle übrigen, für die Arbeitererschaft ein drohendes Warnungssignal sein. Die Bürgerkriegsübungen, von denen wir in den letzten Tagen berichtet haben, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Nazis die Arbeitererschaft von neuem mit ihrem Worbterror überrumpeln wollen. Die Arbeitererschaft sichert sich dagegen nur durch den Ausbau und die Stärkung des roten Massenbewusstseins.

Rote Rundfunk-Randnotizen

Mittwoch, 16.00: Oberschlesische Schürmen. — Auch Sorgen! 16.30: Piederstunde. Das Auch des Tages. Armer Goethe, wie wirst du durchgekauft! 17.35: Gleiwitzer Feuerwehrmusik. — Schwicken statt Spritzen! Dazwischen wieder Beitelstumpfenwinterhilfepropaganda. 19.00: Heiteres Funkquartett. 20.00: Kultur und Wirtschaft oder die Kunst geht nach Brot. Dazu spricht ein Akademiedirektor. Am späten Abend auch aus England Militärmusik. Und dort imperialistische Kriegshebe gegen die Sowjetunion. Jon.

Freie Menichen, Breslau

Am Mittwochabend, 12. Oktober, Gewerkschule Heimabend. Freitagabend Vorstandssitzung in der Gewerkschule. Sonnabend ab 18 Uhr Wiederbeginn unserer Hörsendstrahlungen an bekannter Stelle. Gymnastik bis auf weiteres jeden Sonnabend, 20 Uhr, Margaretenchule. Am 1. November wird unser Heim eröffnet. Alle Genossen werden gebeten, bis Mittwochabend die letzten Abschnitte abzugeben und auch die Zeichnungen zu begleichen. Alle am Aufbau des Heims Intezessierten sind Mittwochabend da. Stattfinden letzter wichtiger Besprechungen. Genossen! Auf, an die Arbeit, durch Aktivität zum Erfolg im Kampf gegen die Kulturreaktion.

„Roter Pfeifer“

Verunglückt. Wie wir nach Redaktionschluß eriahren, hat sich Papen beim „Anurbeln der Wirtschaft“ den Arm ausgerenkt. Er hat sich in Behandlung des berühmten Arztes Dr. Larnow begeben.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöblich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fiedrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Traubitzer Straße 50.

Blaublauer Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 1 Beleuchtung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Schlesische Weber im Streik

Von unserem ins Streikgebiet entsandten Sonderberichterstatter Peter Back

Süßkinds Brauerei

Der Platz vor Süßkinds Brauerei in Reichenbach wogte von Menschen, als ich um 8 Uhr früh ankam. Männer, Frauen, Kinder... Die Männer und Frauen standen in Gruppen zusammen, die Kinder schlüpfen dazwischen.

Für 8 Uhr war in Süßkinds Brauerei eine Streikversammlung des Textilbetriebes von Weigl & Nassauer angelegt. „Nur für gewerkschaftlich organisierte“, wie ich im „Proletarier“, dem Langbielauer SPD-Blättchen, am Vorabend gelesen habe.

Bei einer Gruppe machte ich halt, sagte, von wo und warum ich komme. Der Mann, an den ich mich zuerst wende, trug ein Dreipfeileabzeichen. „Da sprechen Sie doch besser mit dem da.“ Der da trug ein antischaftliches Abzeichen.

„Nein, mir liegt daran, auch seine Meinung zu hören.“ Und so nahm unser Gespräch seinen Anfang, das einen vollen Vormittag ausfüllt. Neue Leute fließen zu uns. Wenn einer eine Frage nicht beantworten konnte, zog man andere heran, wenn ich eine Flöterin sprechen wollte, oder eine Drosselspinnerin, einen verbohnten Sozialdemokraten oder einen Oppositionellen, ein KGO-Mitglied oder eine Indifferente, so lösten sich ein, zwei aus unserer Gruppe, verschwanden und tauchten dann mit dem Gewinnsüchtigen auf.

Und das waren nicht nur Leute von Weigl & Nassauer, die auf ihre Versammlung warteten. Von Hysa waren welche da, von Fleischer, von Hain, von Cohn — fünf Textilbetriebe, an 760 Mann stehen in Reichenbach im Streik.

Der mit den drei Pfeilen war inzwischen längst aufgetaut. Ich erfuhr von ihm — er ist in der SPD organisiert —, daß die Unorganisierten die Letzten sind, die in die Betriebe hineingehen werden, daß man gemeinschaftliche Streikleitungen wählen müßte, aus den Belegschaften heraus. Am Ende mußte ich die beiden photographieren. Sie haben sich gegenseitig die Arme um die Schultern gelegt.

Die Limousine

Aber, bevor ich zum Photographieren dieser symbolischen Umarmung kam, fuhr eine Limousine vor, hupend und langsam sich durch die Menge bahndend. Dem Auto entstieg ein rundlicher, ja, dicker Mann, Doppelkinn, Grübchen, rote Backen, beginnender Kahlkopf. Er schloß sorgfältig den Wagen ab, sehr sorgfältig. Der Wagen war ein „Adler“, ein hübscher Familienwagen. Ein Geschäfterellender, gut eingeführt und nicht unter 800 Mark wert, der auch gut Witze erzählen kann — für solch einen hätte ich ihn gehalten.

„Es ist Zeit, daß du in die Versammlung gehst, Kinner ist eben gekommen.“ Kinner, der Textilbörse von Reichenbach, er war es, der jetzt im Tor von Süßkinds Brauerei verschwand.

Ich ihm nach. Ueber die Holzstiege, nicht ganz bis zur Plattform des ersten Stockes. Arbeiterinnen haben hier den Weg versperrt.

Sie schrien und bedrohten mit den Fäusten den an der Tür stehenden Fremden:

„Wir sind Unorganisierte, aber wir wissen, warum wir hinausgehungen sind.“

Und noch lauter:

„So, wieviel Jahre haben wir Marken geklebt!“

„Das ist Streik, und das geht uns alle an.“

„Mag da...“

„Wann wir auch Unorganisierte sind...“

An der Tür stand ein langer Hagerer, was er rebete, konnte ich nicht verstehen. Dann warnte der Hagerer am Eingang zur Seite, die Frauen hinein, wir nach.

„Aber bloß die aus dem Betrieb“, mit diesen Worten wurde ich vom Hageren angehalten. „So, von der Presse sind Sie, von der roten Schöne?“ Ja, da müßte er mit dem Gewerkschaftssekretär sprechen. Der kam, sehr geschäftig und aufgeregter. Der dritte Satz hatte schon folgende Fassung: „Ich werde in Ausübung meiner Hausherrenrechte die Polizei anrufen müssen.“ „Nein, er ließe sich auf keine Diskussion ein, ich solle sofort, aber sofort, den Saal verlassen.“

Unten hat sich der Platz nicht im mindesten geleert. Neue vom Betrieb Cohn waren angerückt. Ihre Versammlung sollte um 10 Uhr steigen.

Mit passiver Resistenz beginnt es

Der freigewerkschaftliche Betriebsratsvorsitzende von Hain, Weber mit Belegschaft von 102 Arbeitern und Arbeiterinnen, nur zu etwa 30 Prozent organisiert, erzählt: Am Montag, dem 26. September, kommt ein Aushang: 12 1/2 Prozentiger Lohnabbau. Zwei Arbeiterinnen gehen bald nach Arbeitsbeginn zu ihm: „Se, Betriebsrat, wir arbeiten nicht mehr.“

„So, warum nicht?“

„Sollen wir uns so einen Lohnabbau gefallen lassen?“

Plötzlich sind es nicht zwei Frauen mehr, um ihn ist die ganze Belegschaft. Passive Resistenz. Der Betriebsrat geht zum Betriebsleiter: So und so steht's.

Betriebsleiter: Entweder Arbeit aufnehmen oder — Entlassung.

Sofort Belegschaftsversammlung. 90 Prozent sind für den Streik Kampfleitung gewählt: 5 Betriebsräte und 4 aus der Belegschaft. „Und so sind wir, als schlechtorganisiertester Betrieb Reichenbachs als erster hier in den Streik getreten.“

Von oben aus der Versammlung dringt gedämpft tumultuöser Lärm auf den Platz. Uha, jetzt geben sie es dem Kinner!

„Wenn wir im Streik sind, und es kommt jemand von der proletarischen Presse aus Berlin, der die Sache reell verteidigen will, und man ihn nicht hereinläßt, das ist eine Schandtat.“ Der, der sich so aufregt, trägt auch ein Dreipfeileabzeichen. „Wir sind ein ganz anderer Betrieb, als der Nassauer verlassen.“

auf uns, sie kommen hinein.“ Das versichern mir die Leute von Cohn.

Ein anderer von Cohn, hohe Stirn und Brille. „Unser Lohn ist für einen Menschen mit halbem Magen.“ Er bedient vier Wehlfühle und arbeitet 32 Stunden die Woche, Verdienst 15 Mark im Durchschnitt. Der Mindestlohn von 80,7 Pfennig wird nur von wenigen erreicht. Erst jetzt, als der Streik ausgebrochen ist, erfährt man, daß manche 18 Prozent unter Tarif verdienten.

Die Limousine surrt ab

Die ersten Frauen erscheinen im Haustor von Süßkind, die Menge drängt nach. „Wenn ihr bloß mit euren Beleidigungen

12 von 16000

Hier haben die Gewerkschaftsbürokraten ausgespielt. Hier ist das Eis gebrochen. Hier ist eine mächtige revolutionäre Streikbewegung im Gange. Wo ist diese kommunistische Ortsgruppe, die so gute Propaganda geleistet hat, und wie ist sie beschaffen?

Es ist ruhig in der Stube des Genossen Volkstellers, ruhig und schattig, nach all dem Lärm, den Hinauswürfen und Diskussionen in und um Süßkinds Brauerei.

„Siehst du, das ist unser erstes Flugblatt für Cohn, das das zweite, das das dritte, hier für Nassauer...“

Die ganze Entwicklung spiegelt sich in diesen Blättern. Von der allgemeinen Aufforderung zum Widerstand gegen die Durchführung des Lohnabbaus bis zum Streik und der Forderung einer zentralen Streikleitung, der Verbreiterung der Einheitsfront.

„Wicistel seid ihr, Genosse?“

„Ich sperre meinen Mund auf. Ein Duzend Mann in einem Ort von 16000 Einwohnern!“

Diese kleine Gruppe wirft Feuer in die Betriebe, Funken, die auf Zunder fallen.

Rezepte der Streikabwürger

Die Methoden, wie die verschiedenen Kinner und Leuchtenberger, die Textilbürokraten des Langenbielauer Gebiets, den Streik abzuwürgen veruchen, sind verschiedene. Hier eine kleine Systematik dieser Methoden, wie ich sie im Laufe von 2 Tagen kennengelernt habe.

Der Bürokrat spricht zur Belegschaftsversammlung: „In Witzegiersdorf haben sie die Arbeit aufgenommen. Bei Flechtner haben sich auch die Kollegen für Arbeit entschlossen.“ Er zählt alle Niederlagen auf und erwähnt kein Wort über all die Betriebe, die inzwischen in den Streik getreten sind. (Angewandt Duzend von Variationen, aber der Zweck ist immer derselbe.)

Das Land der Zwanziger im Streik

Es war schon dunkel, als wir Peterswaldau verließen. Wir hatten uns die Fabrik der Zwanziger angesehen. Generationen von Neubauten haben sich an den alten Kern angelehnt, heute sind sie alle alt, grau, vermoost. 1848 kam hier der Hunger der Handweber zum elementaren Ausbruch, und der Herr Zwanziger hätte fast sein Leben verloren.

Heute sind die Fabriken der Zwanziger tot, aber in den Langenbielauer lebt der Geist der Revolte weiter. Der Betrieb Meyer-Kauffmann AG ist als roter Betrieb in der ganzen Gegend bekannt. Er zählt 475 Arbeiter. Er war der erste, der in diesem Gebiet in den Streik trat. Heute streiken die Arbeiter schon die zweite Woche.

Ich ließ mir von Genossen Adressen von parteilosen und sozialdemokratisch gesinnten Meyer-Kauffmann-Streikenden geben. In aller Kürze, wie diese Besuche ausfielen:

Der Parteiloje H.: Ueber die Manöver Leuchtenbergers (so heißt der örtliche DV-Bürokrat) war sich jeder vom ersten Tag im klaren.

„Wen wählen Sie?“

„Hier“, er hielt mir eine Zeitung vor die Nase. „Die ‚Arbeiterstimme‘.“ Komisch, was fragt der Kerl so etwas. So klang die Antwort. Die „Arbeiterstimme“ ist ein KPD-Organ.

Sozialdemokratin K.: Eigentlich formuliert hier ihr Mann, ebenfalls Sozialdemokrat und Weber, alle Antworten. Sie ist weniger politisch und folgt ihm. Bis zur letzten Wahl hat er für die Sozialdemokratie gestimmt, jetzt denkt er nicht daran. „Nimmer hieß es vorwärts, vorwärts, es ging aber rückwärts, rückwärts.“

Die Parteiloje K.: Mann in einem nationalen Verband. In der Stube liegt die „Arbeiterstimme“. Das bringt genug für die Arbeiterin.

Rationalisierung wütet

Meyer-Kauffmann hat 400 Northrop-Stühle. Eine Arbeiterin bedient 14. Ich lasse mir von einer Weberin die Rationalisierung in der Northrop-Abteilung erklären.

Vor ungefähr fünf Jahren hatte sie noch sechs Northrop-Stühle und hatte noch ein Mädchen zum Füllen der Kopie. Dann kam das 14-Stuhl-System: zuerst hatte sie noch eine Ansteherra als Hilfe. Vor einem Jahre wurde ihr die Ansteherra genommen. Der Betrieb sparte dadurch mindestens 12 Mark die Woche pro Weberin, die Weberin hatte jetzt doppelt zu arbeiten. Und diesem letzten Akt der Rationalisierung folgte der 15-prozentige Lohnabbau durch die Brüning'sche Notverordnung.

Die Löhne der Northrop-Weberinnen sind die höchsten im Betrieb. Die Weberin, mit der ich sprache ist eine der flinksten. Sie verdient 27 Mark für 16 Stunden.

Die Feinspinnerin H. verdient im Durchschnitt in 13 1/2 Stunden dieser Arbeitswoche 15 Mark.

nicht immer kommen würdet“, hört man ein kleines Mädchen lamentieren. Aber das Mädchen hätte lieber schweigen sollen. Eine Arbeiterin, weißes, kugelförmiges Haar, fällt über ihn her: „Höllischst diesem Kinner gegenüber? Wo ich schon Gewerkschaftsmittglied war, da war der noch in den Windeln. Mit Autos müssen die Herren fahren, aber für die Streikenden soll es kein Geld geben. Schuftel Verräter!“

Kinner ist vor seinem Auto stehengeblieben, einen Fuß auf dem Trittbrett, und lächelt überlegen. Aber hinter dem Rücken fühlt man den Krampf. „Und ich sage Ihnen, mit meinen zwei Kindern werde ich länger aushalten als Sie Organisierte. Sie.“

Kinner hatte keine „Ueberlegenheit“ genügend ventiliert, jetzt schließt er den Wagen auf, der Motor surrt an, die Menge weicht auseinander.

z. B. auf der Belegschaftsversammlung von Cohn, am 1. Oktober durch Kinner.)

Nummer zwei. Wie es zum Abbruch der passiven Resistenz bei Flechtner kam: Der Bürokrat läßt die Belegschaft abstimmen, trotzdem eine volle Schicht im Betrieb ist. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit von vier für Arbeit. Es wird eine Gesamtabstimmung gefordert. „Warum noch mal abstimmen? Wir machen uns ja lächerlich, wenn wir zum zweitenmal abstimmen.“

Nummer drei. Der obere Betrieb von Meyer-Kauffmann in Witzegiersdorf stimmt mit 168 gegen 50 Stimmen für den Streik. Zwei Tage später fordert der Bürokrat Graue eine neue Abstimmung. Warum? Der untere Betrieb hat gegen den Streik gestimmt. In der neuen Abstimmung sind 128 für den Streik, 114 dagegen. Graue rechnet die abwesenden 74 Stimmen denen gegen den Streik zu und verkündet als Gesamtergebnis: an die Arbeit.

Nummer vier. Der untere Betrieb hat mit 313 gegen 289 gegen den Streik gestimmt. Wie kam das? Der Bürokrat Tauß sagte über die Abstimmung im oberen Werk kein Wort. Hingegen war er der Ansicht, man solle sich die Sache reiflich überlegen, wenn schon Streik, dann hat nur Genera streik einen Sinn. Auf die Frage, ob der Verband Unterstützung auszahlen werde, gibt er eine ausweichende Antwort.

Dann gibt es ganz plumpe Wägen. So erzählte Leuchtenberger den Witzegiersdorfer Arbeitern: In Reichenbach streikt kein Was. Es streikten aber zu dieser Zeit fünf Betriebe.

Die entscheidende Versammlung bei Weigl & Nassauer. Kinner wird befragt, wie es bei Meyer Kaufmann, Langenbielau, stehe. „Nach denen könnt ihr euch doch nicht richten, das ist ein kommunistischer Betrieb!“

Die Methoden sind verschieden. Sicher gibt es noch ein Duzend von Variationen, aber der Zweck ist immer derselbe.

Eine Arbeiterin mit drei Kindern aus der Kreuzspulerei hat einen Lohn von 18 Mark. Der Mann ist erwerbslos und bekommt 2 Mark die Woche.

Eine Flöterin verdiente in den letzten Wochen 7 Mark; heraus bekam sie bloß 5 Mark; 2 Mark gingen auf Strafe ab.

Die Gulaschkanone

„Du Mutter, wie sieht so eine Gulaschkanone aus?“

„Und kocht die nur Gulasch?“

„Und wie schmeckt Gulasch?“

Das Thema interessierte den ältesten Sohn der Kreuzspulerei M. sehr. Kein Wunder, gab es doch in den letzten Tagen bloß „Schmitte“, und auch von diesen weniger als sonst. Die Mutter steht im Streik, zwei Wochen schon, gestern gab es die erste Unterstützung von der JAH, 1 1/2 Pfund Margarine und zwei Brote.

Wir waren unterwegs nach dem „Goldenen Stern“, wo die Gulaschkanone der JAH aufgestellt war. Die Mutter, ausgetrocknet und hoch, der Junge, bloßfüßig und ohne Hemd, das Gesicht ebenso gelb wie seine blonden Haare.

Ich „intervierte“ den Jungen über den Streik.

„Warum die Mutter streikt? Der Lohnabbau soll ja zurückgezogen werden.“ Das sagt er ganz genau so.

An der Brücke vor dem „Goldenen Stern“ begrüßen uns zwei Mädchen mit dem gesprochenen Speisezetteln: „Gulasch gibt es, Sauerkraut und Kartoffelstertz.“

Die Essenausgabe ist im ersten Stock. Wir müssen schon Platz auf dem Treppenhause nehmen, oben ist alles voll: Frauen, Männer, Kinder... Ich spreche mit dieser, jener, Junge Mädchen, alle unorganisiert. Die eine ist im DVB organisiert, aber die Unterstützung reicht nicht.

Biel wird über den gestrigen Besuch beim Wohlfahrtsamt gesprochen. Die Frauen hatten sich am Vormittag eingefunden und forderten Unterstützung. Der Stadtrat und Deputierter für Wohlfahrt heißt Leuchtenberger. Es ist derselbe Leuchtenberger, den wir schon als Gewerkschaftsbürokraten kennengelernt haben. „Der wollte uns nichts geben.“

Das Essen kommt! Borne an schleppen zwei Frauen einen Trog, oder ist es eine Padewanne, die voll bis oben mit Kartoffelstertz ist. „Aus den runden Kesseln strömt der Gulaschgeruch.“

★

Nicht mehr „indifferent“ sind sie, die mal indifferent w nicht mehr Sozialdemokraten, die es noch vor kurzem waren mehr tolerant gegen die Gewerkschaftsbürokraten, die nicht an die Leuchtenberger glaubten.

Es weht heute wieder ein härterer Wind im Guleggeb.